

Posener Tageblatt



Das Polnische Einkommensteuer Gesetz

in deutscher Übersetzung hilft über alle Schwierigkeiten hinweg. Preis 7.50. In allen Buchhandlungen.

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Aus- abstellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 8 zł, unfr. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit Anfr. Beilage 0,40 zł

Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Verwalt., Betriebsführung oder Arbeitsniederlegung besteht kein An- — auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fern- sprecher: 6275, 6105. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 212322 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań), in Deutsch- land: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schrift- leitung des Posener Tageblattes“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammannschrift: Tageblatt, Poznań.



70. Jahrgang

Sonnabend, 24. Januar 1931

Nr. 19

Sklaverei und Opium. Hinter den Kulissen

Die Taktik des polnischen Außenministers sehr geschickt. — Lebhafteste Anteilnahme in den Delegationen. — Die Angelegenheit Plek.

(Telegramm unseres eigenen Berichterstatters.)

P.R. Genf, 23. Januar.

Der gestrige Tag war mit vertraulichen Besprechungen angefüllt. Die oberste polnische Frage steht nicht weiter vor dem Rat. Vor dem Rat wurde die Sklaverei in Libe- ria und die Opiumfrage behandelt. Man erwartet, daß diese vertrauliche Aussprache um Mittel und Wege zu finden den Konflikt beizu- legen, ohne daß derselbe noch einmal vor dem Rat kommen müsse, Erfolg haben wird.

In polnischen Kreisen ist man mit der Verteidigung Jaleskis nicht sehr zufrieden. Man vermehrt vor allem eine Stellungnahme zur Beschuldigung Grazynskis, der bekanntlich von Jaleski nicht in Schutz genommen wurde. Es wird hier in Kreisen der polni- schen Delegation behauptet, daß Jaleski nach seiner Rückkehr nach Warschau von seinem Posten zurücktreten wird.

In Kreisen der neutralen Delegationen hält man doch die Taktik Jaleskis für geschickt, daß er durch die Annahme der Forderungen des Völkerbundes vor allem den Eindruck erweckt habe, daß Curtius offene Türen einrenne und dadurch die Stimmung bei den Ratsmännern dafür vorbereitet habe, daß sonst niemand mehr sprach und deshalb die für Polen unange- nehme propagandistische Wirkung einer weiteren Aussprache im Rat vermieden worden ist.

Henderson besuchte gestern den japanischen Berichterstatter, der sich darauf mit den einzel- nen Delegationen in Verbindung setzte. Die deutsche Delegation bezieht sich auf ihre Forderungen. Der wichtigste Punkt der deutschen Forderungen ist eine Enquete-Kommission, bestehend aus neutralen Vertretern. Die polnische Seite sträubt sich vorläufig gegen die Erfüllung dieses Wunsches. Es ist jedoch zu erwarten, daß sie nachgiebigkeit zeigen wird, damit die weitere Aussprache ver- mieden werden kann.

Jedenfalls dürften die Verhandlungen

hinter den Kulissen noch den heutigen Tag überdauern, so daß die Sache erst wie- der am Sonnabend vor den Rat kommen wird. Die französischen Wünsche einer Be- endigung dieser Tagung am morgigen Sonn- abend, hat Henderson mit einer sensatio- nellen Erklärung in einer geheimen Sitzung durchkreuzt, in der er mitteilte, daß er nicht beabsichtige, die Sache übers Anie zu brechen und sich darauf vorbereite, auch über Sonnabend hier zu bleiben. Besonders bemerkt wurde die Feststellung Hen- dersons, daß diese Angelegenheit nicht eine Angelegenheit zwischen Polen und Deutschland sei, sondern eine Angelegenheit des Völkerbundes, womit die französische These widerlegt wurde, daß Deutschland und Polen sich miteinander ver- ständigen müßten.

Besonders Interesse hat hier die Auf- rollung des Fürsten von Plek durch Curtius erweckt. Auch für die fremden Delegationen hat die Feststellung, daß Fürst Plek mit 9 Millionen Mark Steuern belastet wurde, so daß sein industrielles Unternehmen dem Ruin entgegen- geführt wurde, großes Interesse erweckt. Die Delegationen zeigen weit mehr Interesse für derartige industrielle Fragen, als sie bisher für die Schulfrage gezeigt haben. Es wird von außerordentlichem Interesse für die Minderheiten sein, zu sehen, wie der Fall Plek entschieden wird, weil es zum ersten Mal vorkommt, daß ein industrielles Unternehmen auf Grund der Minderheiten- verträge um Schutz nachsucht. Im allge- meinen hofft man, daß die beiden deutsch-pol- nischen Angelegenheiten hier hinter den Ku- lissen erledigt werden, da es nicht in Polens Interesse liege, sie noch weiter zu verbreitern, um so mehr, als zwei neue ukrainische Beschwerden eingebracht worden sind und im Mai neue unange- nehme Auseinandersetzungen für Polen erwartet werden.

Heute:

Politik:

Leitartikel: Nietzsche und die Ab- rüstung.
Regierungskrise in Frankreich.
Hinter den Kulissen.
Die Warschauer Presse über Genf.
Die Pawlowa gestorben.

Wirtschaft:

Um den seewärtigen Aussenhandel Polens. III.
Das englisch-französische Geld- problem.

Kulturspiegel:

Buch und Buchhändler im Jahre 1930.
Graphische Ausstellung im Museum.

Sorge tragen. Außenpolitisch ist die Situation klar, und innenpolitisch steht vorläufig die Frage der Präsidentenwahl nicht auf der Tages- ordnung, da sie erst Ende Mai oder Anfang Juni erfolgen wird.

Die Vermutungen über den Nach- folger Steegs.

Paris, 23. Januar. (R.) Zur Lösung der Re- gierungskrise deutet der „Matin“ an, daß man in den Wandelgängen der Kammer allmählich der Ansicht sei, daß, wenn nicht der Abgeordnete Flandin (ehemaliger Handelsminister im Ka- binett Tardieu), der nicht direkt in die gestrigen Kämpfe verwickelt war, in Frage käme, würde der Senator Pierre Laval am besten geeignet sein, die Krise rasch zu lösen.

Nach „Havas“ soll der Abgeordnete Bar- thou in den Wandelgängen der Kammer ge- nannt worden sein. „Matin“ berichtet übrigens, daß Tardieu infolge einer Grippeerkrankung an der gestrigen Sitzung nicht teilgenom- men habe.

Pariser Pressestimmen zur Kabinettskrise.

Paris, 23. Januar. (R.) Bei der Beurteilung der gestrigen Kabinettskrise scheidet sich die Presse wieder haarscharf in zwei Lager, je nachdem sie auf die alte Mehrheit Tardieu eingestellt ist, oder für die linksgerichtete Konzen- tration eintritt, die Steeg in seinem Kabinett zu erzielen versuchte. Allgemein aber wird an- erkannt, daß die Lösung der Krise rasch er- folgen muß angesichts der Notwendigkeit einer baldigen Verabschiedung des Budgets und der Verabschiedung des Wirtschaftsreformplanes, durch den man die beginnende Wirtschaftskrise wenn nicht zu bannen, so doch zu mildern hofft. „Matin“ schreibt, das Abstimmungsergebnis lasse die Tür für einen Versuch zur Konzentration offen, die allerdings leichter gewesen wäre, wenn die Uebergangsregierung Steeg länger am Ruder geblieben wäre, die aber unerlässlich er- scheine, wenn man sich nicht dem Risiko aussetzen wolle, daß es sich als notwendig erweisen werde, das Parlament aufzulösen. „Deuxième“ meint, man sei jetzt genau so weit, wie schon am 5. Dezember 1930, als nach dem Sturz des Kabinetts Tardieu und vor der lokalen Bemühung einer Konzen- tration, die Steeg versuchte. „Republique“ erklärt, wenn man von der Mehrheit, die gestern den Sturz des Kabinetts Steeg herbeiführte, die Stimmen der Kommunisten abziehe, erscheine die Kammer in zwei gleich starke Teile zu zer- fallen: 283 Abgeordnete der Rechten und 283 Ab- geordnete der Linken. Angesichts dieser Zahlen sei der einzige Ausweg die Auflösung der Kammer.

Neues Rekrutierungsgesetz in Frankreich.

Paris, 23. Januar. (R.) In Frankreich sollen die Rekrutierungsgesetze abgeändert werden. Ein Gesetz ist geplant, durch welches die rasche Durchführung von ersten Schutzmah- nahmen im Falle der Gefahr sichergestellt wer- den soll. Vor allem ist vorgesehen, daß auch von den zweiten Reserveen gewisse Teile unver- züglich einberufen werden können. Es handelt sich dabei um die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften derjenigen Reserveen, die mit der Grenz- und Küstenverteidigung betraut sind, sowie mit der Abwehr von Flugzeugangriffen und der Ueberwachung der Verbindungswege.

Nießsche für die Abrüstung

Eine Welt ohne Mißtrauen.

Es wird soviel von Abrüstung geredet, Abrüstung geplant, Abrüstung propagiert, und zwar von allen Seiten, daß man sich fragt, warum den Reden nicht endlich die Taten folgen. Es muß doch ein Grund vorhanden sein, um dessentwillen man zwar Abrüstung wünscht, aber sich durchzuführen nicht getraut. Man kam eigentlich bisher nur in einem Lande da- von sprechen, daß weitgehend abge- rüstet sei, nämlich in Deutschland. Der einzige Mangel an dieser Abrüstung ist, daß sie keine freiwillige, ursprüng- lich aus der Friedensbereitschaft geborene war, sondern die Wirkung eines unent- rinnbaren Zwanges fremder Gewalt. Da- durch verlor diese Abrüstung an mora- lischem Wert, ja, spricht vielleicht sogar für die Abrüstungsunlust anderer Staaten, weil sie auf Grund einer Vergewaltig- ung geschah.

Hochbedeutsam aber und in ihrem moralischen Eindruck von ungeheuren Folgen würde sein die freiwillige Abrüstung eines Staates, der im vollen Genuß seiner Kraft und Macht steht. Denn hier wäre eine Abrüstung eine praktische Rundgebung und ein Beweis — über jeden Zweifel erhaben — für die Friedens- bereitschaft und die völkerechtliche Mo- ralität einer Nation. Denn eine solche Abrüstung würde sagen: Wir vertrauen all unseren Nachbarn, daß auch sie den Willen zur Erhaltung des Friedens haben, daß auch sie nicht Millionen von Menschen und Milliarden an Sachwerten, die ander- weitig viel dienlicher für das Wohl der Menschheit gebraucht werden können, für ein Eroberungsgelüste oder eine Prestige- frage opfern. Den guten Willen, den wir in uns selber tragen, setzen wir auch bei anderen voraus!

Anstatt einer solchen erlösenden Tat wim- melt es überall von neuen Rüstungen, von Entdeckungen zur Vereinfachung und Verbesserung der Gründlichkeit gegenseitigen Abschachtens, wenn es wieder einmal zu einem Kriege kommt. Niemand glaubt, auf sein Heer, seine Marine, seine Luft- waffen, seine Geschützfabriken, seine Gas- waffen verzichten zu können. Der Schrei nach „Sicherheit“ überklingt die Reden über Abrüstung. Jeder beruft sich darauf, daß er das Heer, die Marine usw. brauche zur Verteidigung. Aber ist man sich schon einmal darüber klar geworden, welche seltsame Moralanstauung hinter dieser Behauptung steckt? Das heißt ja nichts anderes als: „Seht einmal, ich bin ja so ein guter Kerl, ich tue ja keinem Menschen etwas. Aber die andern, die wollen mir etwas tun, gegen die muß ich mich schützen.“ Oder sehr ernst: „Wir sind die, die guten Willens sind. Aber alle unsere Nachbarn sind ja bösen Willens. Wir sind das mora- lische Volk, die andern alle sind angriffs- lustig, eroberungslustig.“ Merkwürdig nur, daß das jeder von sich behauptet, und sich niemand finden will der das glaubt. Sonst brauchten wir nicht über Abrüstung zu verhandeln, wir brauchten sie nur zu vollziehen.

Diese Gedanken sind nicht neu, und schon gedacht zu einer Zeit, da die Abrüstungs- frage längst nicht so akut geworden war wie heute. Ich setze des zum Beweise den Aphorismus Nießsches über „Das Mittel zum wirklichen Frieden“ her: „Keine Regierung gibt jezt zu, daß sie das Heer unterhalte, um gelegentliche Eroberungsgelüste zu befriedigen, sondern der Verteidigung soll es dienen. Jene Moral,

Regierungskrise in Paris

Das Kabinett gestürzt

Paris, 23. Januar. (R.) Die Regierung ist gestern abend in der Kammer bei der Abstimmung über die Priorität einer von dem Abgeordneten Buzat eingebrachten Tagesordnung, die sich gegen die Regierung richtet, vor der Tages- ordnung Paccand, die der Regierung das Ver- trauen ausspricht, mit 283 gegen 293 Stimmen in der Minderheit geblieben und daraufhin zurü- cgetreten. — Der Präsident der Republik hat die Demission angenommen.

Paris, 23. Januar. (R.) Ueber die Neubil- dung des französischen Kabinetts wird sich der französische Staatspräsident heute mit den Partei- führern besprechen. Als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten nennt die Pariser Presse den Senator Laval. Senator Laval, der einer Partei nicht angehört, ist bereits vor der Bildung des jetzt zurückgetretenen Kabinetts Steeg mit der Kabinettsbildung vom Staats- präsidenten betraut worden. Die Regierungsbil- dung ist ihm jedoch damals nicht gelungen. Laval war schon dreimal Minister, das erste Mal wurde er im April 1925 Minister der öffent- lichen Arbeiten. Im Juni 1926 übernahm er das Justizministerium und im März 1930 übernahm er wieder das Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Paris, 23. Januar. (R.) Der Sturz des Mi- nisterpräsidenten Steeg beweist, daß in der jetzigen Kammer eine linksrepublikanische Kon- fliktion nicht lebensfähig ist. Es bleiben die beiden Möglichkeiten, die Konzentration der Mitte zu schaffen, oder wieder zur alten Mehrheit Tardieu, zum nationalen Blut zurückzukehren. Welchen Weg wird der Präsident der Republik beschreiten? Das ist die Frage, von der die Lösung der Krise abhängt. Neigt der Präsident zur Konzentration der Mitte, dann muß er, da ein Radikaler vorläufig für die Kabinettsbildung mit in Frage kommt, einen Politiker berufen, der eine große Mehr- heit hat und der den Radikalen angenehm ist. Wer könnte dieser Mann sein? Pierre Laval oder der Abgeordnete Flandin, der Handels- minister im Kabinett Tardieu war, und die alte Mehrheit Tardieu gestern abend gegen das Kabinett Steeg gesammelt hat? Laval hat mehr Autorität als Flandin, aber auch dieser ist ein Mann, der sehr viele Anhänger auch innerhalb der radikalen Partei besitzt, da er kein Heißsporn ist. Flandin und Laval haben den Vorzug, daß sie auch die alte Mehrheit Tardieu wieder sam- meln können. In diesem Falle wären sie nichts anderes als die Strohmänner Tardieu.

So liegen die Dinge. Große politische Pro- bleme werden bei der Kabinettskrise kaum eine Rolle spielen, denn jedes Kabinett, das kommt, muß in erster Linie für die Verabschiedung des Budgets und in zweiter Linie für die Verabschiedung der Wirtschaftsreform

welche die Notwehr billigt, wird als Fürsprecherin angerufen. Das heißt aber: sich die Moralität und dem Nachbarn die Immoralität vorbehalten, weil er angriß- und erobersüchtig gedacht werden muß, wenn unser Staat notwendig an die Mittel der Notwehr denken soll; überdies erklärt man ihn, der genau ebenso wie unser Staat die Angriffslust leugnet und auch seinerseits das Heer vorgeblich nur aus Notwehrgründen unterhält, durch unsere Erklärung, weshalb wir ein Heer brauchen, für einen Heuchler und listigen Verbrecher, welcher gar zu gern ein harmloses und ungeschicktes Opfer ohne allen Kampf überfallen möchte. So stehen nun alle Staaten jetzt gegeneinander: sie sehen die schlechte Gesinnung des Nachbarn und die gute Gesinnung bei sich voraus. Diese Voraussetzung ist aber eine Unhumilität, so schlimm und schlimmer als der Krieg: ja, im Grunde ist sie schon die Aufforderung und Ursache zu Kriegen... Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muß man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungsgelüsten. Und es kommt vielleicht ein großer Tag, an welchem ein Volk, durch Kriege und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet und gewöhnt, diesen Dingen die schwersten Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: „Wir zerbrechen das Schwert!“ — und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert. Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war, aus einer Höhe der Empfindung heraus, — das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß; während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einhergeht, der Unfriede der Gesinnung ist, der sich und dem Nachbarn nicht traut und halb aus Haß, halb aus Furcht die Waffen nicht ablegt. Lieber zugrunde gehen als Haß und Furcht, und zweimal lieber zugrunde gehen als sich haß und fürchten machen, — dies muß einmal die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden!“ (Der Wanderer und sein Schatten, 284.)

Gestehen wir: Wir haben noch einen recht weiten Weg bis dahin. Abrüstung, wirkliche Abrüstung, also der „Friede der Gesinnung“, erfordert ein viel größeres Maß von Vertrauen, als die Völker geneigt sind, einander darzubringen. Die Welt ohne Mißtrauen würde ebenso oder sicherer, wie die oben bezeichnete Rundgebung eines starken Staates, den Frieden bringen; denn das volle Vertrauen tritt nur ein, wenn die Gründe für einen kriegerischen Überfall nicht mehr in Frage kommen. Es scheint nun so, besonders bei Betrachtung der neuesten Geschichte, als ob die Gründe sehr viel seltener rein politischer Natur sind, sehr viel häufiger, als angenommen, wirtschaftlicher Natur. Die meisten Kriege sind wirtschaftliche Interessenkriege. Wo die Interessen der Wirtschaft den Völkern gemeinsam sind, wo sie sich glücklich ergängen, wird von jedem Volk der Krieg als das empfunden, was er wirklich ist: eine menschliche Ungeheuerlichkeit und ein unermessliches Unglück, ja, vielleicht sogar als ein Verbrechen, wenn man irgendwelchen Personen seine Entfesselung zurechnen muß. Zollmauern sind Kriessaat. Es mag vielleicht sehr kühn erscheinen, wenn man in einer Zeit, da überall neue Zollmauern entstehen, das ausspricht. Es ist darum nicht minder wahr. Und hinzu kommt, daß jeder neue Zoll vom betroffenen Lande Repressalienzölle einbringt. Eine gemeinsame Weltwirtschaft, die zugleich gemeinsame Kulturarbeit verlangen würde (internationale Arbeitsgesetze, internationale Hygiene, internationale Erziehung, internationale Recht), wäre die denkbar fruchtbarste Bindung. Da die Weltwirtschaft ja in diesem Punkte der Weltpolitik schon ein ganzes Stück voraus ist, ist sie gerade im Begriff, uns die nötigen Lehren zu geben: alle mißlichen Zustände der Wirtschaft in einem Lande (Arbeitslosigkeit, Absatzstörung, innere Unruhen) schlagen ihre Wellen in alle anderen Länder. Jeder Krieg von heute trifft nicht mehr einen begrenzten Bezirk, sondern die Erde als Ganzes. Die Kriegsjahre 1914/18 haben das schon einmal bewiesen, jeder neue Krieg wird es schärfer, schlagender beweisen.

Darum ist es verkehrt, einen Europa-bund von politischen Gesichtspunkten her aufzubauen zu wollen. Dabei wird es immer irgendwelche mißhandelten Minderheiten geben. Der Aufbau muß von der wirt-

schaftlichen Seite her geschehen. Erst wenn man auf nationale Wirtschaftsgebiete keinen Wert mehr legt, wird kein Volk mehr Ursache haben, um ein Kohlenbecken, um Erzgruben oder Kalifelder ein anderes zu bekriegen oder zu unterdrücken. Keine politische Befriedung Europas wird je möglich sein ohne eine wirtschaftliche Ein Europabund als einheitliches Wirtschaftsgebiet leistete zugleich die Vorarbeit für die gemeinsame Bewirtschaftung der Welt. Er erbrachte den Beweis für die Möglichkeit einer solchen und für die günstigen Folgen für die Entwicklung einer friedensbereiten, auf kulturelle Zusammenarbeit gerichteten Gesinnung. Daher dürfte er natürlich keine Spitze haben gegen irgendeinen andern Kontinent. Denn das hieße die Beziehungen von Anfang an vergiften, die doch später zu einer Weltgemeinschaft führen sollen.

Die Siegestrommel Wie die polnische Presse denkt

Herr Jalecki hat Herrn Curtius „besiegt“. — Stimmen aus den Lagern. — Erinnerung an die Wirklichkeit.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 23. Januar. Schon gestern wußte die polnische Presse, die zahlreiche Berichterstatter nach Genf entsandt hatte, von einem großen Siege Jaleckis über den deutschen Außenminister Dr. Curtius zu melden. Während einige Blätter behaupten, daß Curtius besonders in seiner zweiten Rede überaus scharf gesprochen habe, wodurch er der polnischen Sache die Sympathien des Völkerbundes gewonnen hätte, gibt der „Express“ seinem Erstaunen Ausdruck, daß Minister Curtius nicht die Bildung einer neutralen Untersuchungskommission verlangt habe. Man glaubt diese Zurückhaltung des deutschen Außenministers auf englische und französische Einflüsse zurückführen zu müssen. Anwillen erregte hier die Ausrufung Dr. Curtius' über die blutende Grenze. Das Blatt des Regierungsbüros, „Gazeta Polska“, sieht in dieser Bemerkung die Bestätigung, daß der Minderheiten-Schutz für Deutschland nur einen Windschirm bilde, um die wahren Tendenzen der Revisionfrage zu verdecken. Der konservative „Dziennik Polski“ entdeckte sogar in einem in der Redaktion geschriebenen Artikel, daß die Zurückhaltung und gleichzeitig die Entscheidung Jaleckis den allerbesten Eindruck gemacht habe. Das Blatt ist überzeugt, daß der Völkerbundrat sich in seinem Schlussschied auf den Ausdruck von Wünschen und Suggestionen gegenüber beiden Parteien beschränken werde. Der im Verlag der roten Presse erscheinende „Dziennik Dobry“ weiß auch heute noch von dem Erfolg in Genf zu berichten und spricht etwas unklar von einem großen Erstaunen der Diplomaten und Vertreter der neutralen Presse, weil die ganze Diskussion überraschenderweise vertagt worden sei. Minister Jalecki, der sich aus der Ruhe nicht haben bringen lassen, habe den deutsch-polnischen Konflikt schon jetzt zugunsten Polens entschieden. Unter diesem Eindruck habe auch die deutsche Delegation ihre erste Forderung auf ein Minimum reduziert.

Bedeutend skeptischer als diese im Regie-

Diese Aufgaben bedürften der Initiative und angespannten Mitarbeit des Völkerbundes; sie fallen in seinen Bereich. Man braucht nur einmal die wirtschaftlichen Erwägungen die führende Rolle spielen zu lassen und die rein nationalpolitischen an den zweiten Platz zu drängen. Denn keines Volkes Eigenart wird angetastet dadurch, daß Länder ohne Zollschranken ihre Erzeugnisse tauschen, in ihren Verwaltungsmassnahmen einander sich angleichen. Der Anreiz, Minderheiten gewaltam einzupressen in neue Volksgemeinschaften, fällt weg. Es sind ja nicht mehr nötig für den Kriegsfall „treue Landes-kinder“, und man braucht nicht mehr den „Abfall“ unsicherer Grenzbewohner zu fürchten.

Darum Befriedung Europas durch gemeinsame Wirtschaft!

Therese Mühlhause-Frankfurt.

zungs-lager stehenden Zeitungen, die natürlich verpflichtet sind, unausgesetzt die Siegestrommel zu rühren, äußert sich die national-demokratische „Gazeta Warszawska“. Sie sagt mit Recht, daß es sich doch in Genf nicht um irgendwelche individuellen Einbrüche handelte, sondern um das Ergebnis der Aussprache, wie es in Beschlüssen des Rates zum Ausdruck kommen werde. Hierüber besitze man aber noch keine Nachrichten oder Annahmen, und man wisse hier auch nicht, wie die Vertreter der Großmächte die ganze Angelegenheit entscheiden würden. Dies werde erst im Bericht des japanischen Referenten und den von ihm formulierten Anträgen zum Ausdruck kommen.

Noch viel deutlicher und der wahren Lage rückhaltlos Rechnung tragend, äußert sich heute im jüdischen „Najiz Przeglad“ der bekannte Publizist Nathan Schwalbe. Er schreibt: Es ist kein Wort Wahrheit an den Privat- oder Sonderberichten, wonach Deutschland in der oberschlesischen Angelegenheit eine Niederlage erlitten habe. Die Klage des Völkerbundes wurde vom Sekretariat des Völkerbundes als dringlich bezeichnet, das bedeutet, daß man ihr gegenüber nicht die normale Prozedur angewandt hat, sondern sie, ohne auf die Aufforderungen der polnischen Regierung zu warten, sofort auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt hat. Ueberdies muß in Erinnerung gebracht werden, daß die Angelegenheit dem Rate auf Grund des Art. 147 der Genfer Konvention vorgelegt wurde, wonach der Völkerbundsrat berechtigt ist, in Oberschlesien auftretende Minderheitskonflikte sofort zu prüfen. Das Vorgehen von Dr. Curtius, das in den Grenzen der hier besonders festgesetzten Minderheitsprozedur gehalten war, hat so wohl für Polen, als auch für den ganzen Rat eine überaus heikle Lage geschaffen. Minister Jalecki hat jedoch eine Mandatierfreiheit errungen, allerdings nur dadurch, daß er eben die drei Punkte der Volksbunds-klage angenommen und die Bestrafung der Schuldigen sowie die Bezahlung von Entschädigungen angekündigt hat.

gerichtshof im Haag vor. Der von Polen bisher gezeigte Widerstand zur Unterzeichnung dieser Klausel habe von Pilsudski selbst hergerührt. In der Völkerbundsversammlung vom September 1929 und 1930 habe der inzwischen verstorbene Oberleutnant Jacewiczowski Herrn Jalecki speziell Instruktionen nach Genf gebracht. Nun seien aber alle Befürchtungen offenbar gewichen. Die Deutschen aber hätten inzwischen ihr Verhältnis zu Polen nicht gemildert, sondern noch verschärft.

Während also der „Kurjer Pocz.“ von einem diplomatischen Siege Jaleckis nicht sprechen kann, weiß die „Gazeta Polska Zachodnia“ als Regierungsblatt begreiflicherweise einen polnischen Sieg in Genf zu verkünden, der in der Weltmeinung einen weiten Widerhall gefunden habe. Man versucht dies in propagandistischen Ueberschriften den Lesern glaubhaft zu machen. Interessant ist die witzige Feststellung, daß die erste Rede von Dr. Curtius für Genf und die zweite Rede für Berlin gehalten worden sei. Dr. Curtius habe nämlich aus Berlin eine telephonische Instruktion dahin erhalten, daß er Polen gegenüber einen zu milden Ton anschlage. Ironisches Gelächter hätten die Auslassungen des deutschen Außenministers über den „Stahlhelm“ gemacht.

Der „Nowy Kurjer“ enthält sich einer eingehenden kritischen Stellungnahme, die er vorläufig damit ersetzt, daß er eine gegenüberstehende Karikatur des Außenministers Dr. Curtius bringt, der mit froher Miene nach Genf gefahren sei und mit einem trüben Gesicht zurückkehren werde. Wir wollen doch erst die Beschlüsse abwarten und sehen, wer zuletzt lacht. Es dürfte wenig Grund vorliegen, schon jetzt zu frohlocken, zumal sich darüber, auf welcher Seite die günstigeren Aussichten auf den Schlussschied liegen, wirklich sehr streiten läßt.

Der „Dziennik Pozn.“, der vorgestern von einer unverhüllten Provokation des Dr. Curtius gesprochen hatte, äußert sich ähnlich, wie sein Schwesterorgan, die „Gazeta Polska Zachodnia“.

Grenzverletzung.

An der deutsch-polnischen Grenze bei Pilschowitz im Landkreis Tost-Gleiwitz hat sich am vergangenen Dienstag wieder einer jener bedauerlichen Zwischenfälle ereignet, die für die polnische Regierung mit allerlei Unannehmlichkeiten verbunden sind. Nach von amtlicher Seite bestätigten Berichten deutscher Blätter haben etwa 20 Mann von einer Abteilung des Infanterie-Regiments, das die Grenze besetzte, die deutsche Grenze überschritten und sind dabei etwa 5 Meter weit auf deutsches Gebiet geraten. Wie ein polnischer Grenzbeamter, nachdem die Soldaten den deutschen Boden wieder verlassen hatten, der deutschen Grenzwaage erklärte, handelt es sich lediglich um ein Versehen der Soldaten, da er es verabsäumt habe, ihnen die Grenzlinie zu zeigen und sie entsprechend zu instruieren.

Nach den amtlichen Feststellungen hat am Dienstag eine Infanterieabteilung in der Nähe der Grenze bei Pilschowitz Übungen abgehalten. Im Anschluß daran hatten sich etwa 50 Soldaten erneut zur Grenze begeben, wobei 20 von ihnen deutsches Gebiet betraten und einige Zeit dort verweilten, bis sie von einem polnischen Zollbeamten auf die Grenzverletzung aufmerksam gemacht wurden. Die Soldaten waren bewaffnet.

Es ist durchaus anzunehmen, daß es sich hier lediglich um ein bedauerliches Versehen handelt. Aber man muß trotzdem feststellen, daß solche Versehen unbedingt vermieden werden müssen, vor allem in kritischen Augenblicken! Schließlich sind doch die Vorgehen dafür verantwortlich, daß die Untergebenen nicht törichte Ausflüge unternehmen. Soll unsere Regierung immer wieder gezwungen werden, sich wegen der groben Nachlässigkeiten untergeordneter Organe zu entschuldigen?

Anna Pawlowa gestorben

Haag, 23. Januar. (R.) Die weltberühmte russische Tänzerin Anna Pawlowa ist heute nacht gegen 1 Uhr gestorben. Ihre sterbliche Hülle wird noch heute nachmittag in die russische Kirche im Haag überführt werden.

Haag, 23. Januar. (R.) Die russische Tänzerin Anna Pawlowa hatte kürzlich auf einer Tournee in Südfrankreich einen Eisenbahnunfall erlitten, dessen Folgen sie zwangen, ein Sanatorium in der holländischen Stadt Haag aufzu-



suchen. Dort ist sie heute nacht um 1 Uhr verstorben. Die Pawlowa galt als eine der letzten großen Vertreterinnen des klassischen Balletts. Sie hatte mit ihren Tänzen bis zuletzt starke Erfolge. Sie war in Petersburg geboren und ist aus der Schule des kaiserlich-russischen Balletts hervorgegangen, das um die Jahrhundertwende in der Tanzkunst führend war. Dann schloß sie sich einem bekannten russischen Ballett an, mit dem sie ihre ersten Reisen machte. Später wirkte sie als Solotänzerin und wurde durch ihre Gastspielreisen in ganz Europa bekannt.

Die Posener Presse über Genf.

Alles wird umgemünzt.

jr. Aus der Stellungnahme der Posener Presse zu der Behandlung des deutsch-polnischen Konflikts in Genf, die sich augenblicklich in vertrauliche Besprechungen hinter den Kulissen verwan-delt hat, muß die Stimme des nationaldemokratischen „Kurjer Pozn.“ besonderes Interesse erwecken. Dieses Blatt, das ja Herrn Jalecki grundsätzlich bekämpft, will den Minister nicht in dem Augenblicke überfallen, da im Völkerbundsrate gegen Polen von Deutschland offen- sivo vorgegangen werde. Herr Jalecki, und mit ihm leider der ganze polnische Staat, habe im Völkerbund die Konsequenzen der tranken politischen Verhältnisse in Polen zu tragen. Die Schuld Jaleckis beruhe darauf, daß er es nicht verstanden habe, sich in Polen dem entgegenzustellen, wofür er jetzt im Auslande angegriffen wird. Aber unabhängig davon sei Herr Jalecki schuld daran, daß sich Berlin infolge seiner ausländischen Schwächepolitik so weiterdreht habe, daß der Minister Curtius auf internationalem Boden offiziell und mit Nachdruck in Sachen der deutsch-polnischen Grenze erklärt habe, daß hier der Standpunkt des ganzen deutschen Volkes und aller deutschen Politiker und Regierungen unwandelbar sei. Minister Jalecki habe darauf „delikat“ geantwortet, daß die Angelegenheit der territorialen Integrität außerhalb der besprochenen Minderheitsfrage liege. Die polnische Antwort ist wenig entschieden gewesen; das Blatt verweist aber Dr. Curtius, daß das polnische Volk weniger „delikat“ fühle als die heutige polnische Diplomatie. Eine recht bemerkenswerte Verächtlichkeit der Zwischenfälle in Schlesien sei der Minister ebenfalls zu sehr in der De-

fensive geblieben. Er hätte doch konfretre Gewalttaten des „Stahlhelms“ anführen können. (Die es gar nicht gibt! Red. Pol. Tgb.) Mit Recht habe der Minister gesagt, daß bei den Wahlen in Polen „das politische Moment das nationale Moment überwogen habe“. So sei es wenigstens auf Seiten des Lagers gewesen, in dessen Namen Herr Jalecki sein Senatsmandat bekleide. Aber das Ausland werde leider nicht an die politische Irreführung glauben, daß im polnischen Staate von der Regierungspartei die polnischen Parteien mehr belämpft wurden als die fremden Elemente. Man könne, so fährt das Blatt fort, Herrn Jalecki um seine Rolle in Genf wahrhaftig nicht beneiden. Er habe seine Ausführungen mit dem demütigenden Bekenntnis abgeschlossen, daß die Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention verewaltigt worden wären, daß aber die betreffenden Beamten bestraft und Entschädigungen gezahlt würden. Die ganze Politik der Regierung sei von dem Wunsch durchdrungen, eine tägliche Zusammenarbeit zwischen allen Bewohnern des Landes, unabhängig von Rasse oder Bekenntnis, mit allen Kräften zu unterstützen. Das Blatt weist hier mit Nachdruck darauf hin, daß dies alles vor Vertretern der gesamten internationalen Welt, die eingehend über Presse Litowitz informiert sei, gesagt wurde. So habe Polen für die Schuld der Sanierung schmerzlich zu zahlen. Das erste Resultat Genfs bestehe darin, daß die polnische Regierung die Beschließung des Liquidationsabkommens und des Handelsvertrages mit Deutschland im Seim forciere, und daß Jalecki offiziell im Völkerbundsrate erklärt habe, daß Polen die Fakultativ-klausel zur Konvention über den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag unterzeichnen werde. Diese Klausel sieht die automatische Ueberweisung aller Streitfragen zwischen Staaten, die die Klausel unterzeichnet haben, an den Internationalen Schieds-

Dein Kind!

Neben die Ehefrau tritt als eine zweite, für unsere Zeit besonders ernste, die Not der Kinder. Wir wollen dabei nicht reden von dem furchtbaren langsamen Selbstmord eines Volkes, in dem der Wille zum Kind erloschen ist, in dem Kinder als unheimlich empfunden und der Nachwuchs abgelehnt wird, so daß die Bevölkerungsziffer immer tiefer sinkt, wir denken an die Not der Kinder, die da sind und deren Erziehung das schwerste Problem der Zeit zu sein scheint. Von Rußland und der Verhinderung an der Kinderwelt dort zu schweigen. Darf man den Berichten glauben, die von dort gegeben werden, so muß das körperliche, soziale und sittliche Elend von Tausenden von Kindern beispiellos sein. Aber wir haben vor der eigenen Tür zu fegen. Wie ist es um die Erziehung unserer Kinder in Haus und Schule bestellt? Dürfen wir vergessen, daß Jesus als Grundsatz aller Erziehung den aufgestellt hat: „Lasset die Kindlein zu mir kommen“? (Matth. 19, 13-15). Da liegt das Ziel und die Aufgabe aller christlichen Pädagogik. Alle Erziehung ist von Grund aus verfehlt und vergeblich, die dieses Ziel außer Auge läßt. Darum müssen wir verlangen, daß im Hause wie in der Schule die größte Sorgfalt auf die religiöse Erziehung der Kinder im Glauben ihrer Väter gewendet wird. Jede Versäumnis auf diesem Gebiete, sie komme von welcher Seite sie wolle, ist Sünde. Jesus will die Kinder zu sich gewiesen haben. Wer gibt uns ein Recht, an diesem Willen Jesu vorüberzugehen? Gott wird einmal die Seele dieses Kindes von dir fordern, Vater, Mutter, Lehrer, Schule! Wohl dem, der dann vor Ihn treten kann: „Siehe, hier bin ich und die Kinder, die du mir gegeben hast!“ D. Blaue-Posen.

Aleine Posener Chronik.

Missionsveranstaltung. Am Sonntag, dem 25. Januar, abends 8 Uhr findet in der St. Pauli-Kirche eine Missionsveranstaltung statt mit einem vom Missionsinspektor Braun aus Berlin gehaltenen Vortrag. Die Veranstaltung ist für die sämtlichen evangelischen Gemeinden der Stadt Posen bestimmt. Missionsinspektor Braun ist unser Evangelist schon von früheren Tagungen her als erfahrener Kenner des Missionslebens im Inlande sowie auch als Kenner verschiedener Missionsgebiete in Afrika, die er besucht hat, bekannt. Am Tage darauf hat er die Absicht, in den beiden deutschen höheren Schulen Missionsvorträge zu halten.

em. Eine unbekannte Frauensperson brachte ihre drei Kinder im Alter von 11, 8 und 5 Jahren zur Armendeputation und verschwand. Die Kinder sind nach dem Waisenhaus in der Zili-pinerstr. gebracht worden.

em. Wieder Betrüger an der Arbeit. Die in Wierzyn, Kreis Schrimm, wohnhafte Agnes Wozniak wurde in der Baderstr. von einem unbekannten Mann angesprochen, der ihr versicherte, daß sie einen Briefumschlag mit Geld verloren hätte. Die Nichtsahnende zeigte ihr Geld. Währenddessen trat ein zweiter Gauner hinzu und entwendete ihr 330 Zloty.

em. Der Stadtverordnete Ludwig Stachecki, wohnhaft ul. Marz. Jocha, fiel auf dem Bürgersteig so unglücklich, daß er einen Armbruch erlitt.

em. Der Monteur Roman Pawlak, wohnhaft ul. Miegolewicz 24, war gestern abend mit der Ausführung von Reparaturen an der elektrischen Leitung im Kino „Metropolis“ beschäftigt. Für einen Moment kam er mit der Hochspannung in Berührung, die ihn mit aller Gewalt zur Seite schleuderte, wobei er sich den Arm verrenkte.

em. Einbruch und Diebstahl. Einen Einbruch verübten unbekannte Diebe in die Wohnung der ulica Franc. Katalczaka wohnhaften Aniela Pietrucha. Sie nahmen 5 Mantel, Tischdecken, Schürze, eine Damenuhr und wertvolle Goldschmuckstücke. — Aus einem in der Bronterstr. haltenden Auto entwendeten Diebe dem Johann Veyer aus Murovana Goslina einen Herrenpelz im Werte von 500 Zloty.

2 fia

k. Am gestrigen Wochenmarkt wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1.70-1.90, die Mandel Eier 2.50 Zloty, Weiskäse 30 Groschen; die Anfuhr war reichlich, der Absatz jedoch sehr schwach. Der Geflügelmarkt war ebenfalls reichlich besetzt, aber auch hier zeigte sich sehr schwacher Absatz. Hühner kosteten 2-3.50, Enten 4-5, Gänse 9-12, und das Paar Tauben 1.60-2.20 Zloty. Der Gemüse- und Obstmarkt wies dagegen vollkommene Leere auf. Spinat 80, Weißkohl 10-15, Mohrrüben 10-15 Groschen. Rotkraut war fast gar nicht zu sehen. Äpfel kosteten 1-1.60 Zloty. Zusammengekommen haben sämtliche Händler mehr gefroren als verkauft. Der größte Teil von ihnen mußte mit den Waren wieder nach Hause gehen.

k. Einen Näh- und Zuschneidekurs für Erwachsene eröffnete die itaallische Handels- und Gewerbeschule in Lissa. Der Kursus dauert vom 4. Februar bis zum 15. Juni und umfaßt Nähen und Zuschneiden von Kleidern, Mänteln, Kostümen und Kindergarderoben. Der

Unterricht wird an jedem Montag, Donnerstag und Freitag in der Zeit von 15-18.30 Uhr stattfinden. — Ebenfalls im Februar beginnt ein fünfmonatiger Kochkursus. Dieser Kursus umfaßt Kochen und Braten verschiedener Mehlspeisen und Gemüsegerichte sowie Kuchenbäckerei. Der Unterricht wird am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeder Woche in der Zeit von 17-19.30 Uhr abgehalten. Nach Beendigung des Kochkurses erhalten die Teilnehmerinnen ein Zeugnis. — Die Einschreibgebühr beträgt für jeden Kursus 10 Zloty, der monatliche Beitrag 5 Zloty. Meldungen werden im Sekretariat auf der Comeniusstraße (ul. Komieniusza) täglich von 17-18 Uhr entgegengenommen.

k. Joh. Seb. Bachs H-Moll-Messe beabsichtigt am Sonntag, dem 1. Februar, der hiesige Bachverein im Saale des evangelischen Gemeindehauses zur Aufführung zu bringen.

k. Die Maul- und Klauenseuche ist auf dem Gute Wjewe amtlischerseits festgestellt worden. Zum Versuchten Gebiet gehören zur Zeit die Gemeinden Jablonna und Wjewe. Das bedrohte Gebiet umfaßt die Gemeinden Karczowo, Rojeczyn, Brenno, Potrzebowa und Radomysl.

k. Die Privatschule in Storchneß feierte am vergangenen Sonntag ihr Wintervergnügen, an dem sich auch der Gesangsverein beteiligte. Der Leiter der Privatschule, Herr Wanders, begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten. Die Schulkinder führten zwei Märchenspiele auf, die bei den Anwesenden reichsten Beifall auslösten. Der darauffolgende Tanz, zu dem die Lissaer Manentapelle die Musik lieferte, hielt alle Teilnehmer noch recht lange beisammen.

Arbeiter tötet im Uebermut seinen Dorfgenossen.

Acht Jahre Zuchthaus wegen Totschlags.

z. Inowroclaw, 22. Januar. In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde gegen den Einwohner von Wielowiec, Arbeiter Stanislaw Nowacki, wegen Totschlags verhandelt. Der Angeklagte, ein in den 20er Jahren stehender junger Mensch, macht von Anfang der Verhandlung an einen unympathischen und beschränkten Eindruck. Ueber seine Tat empfindet er scheinbar keine Reue. Lächelnd betritt er die Anklagebank, lächelnd folgt er der Verhandlung und lächelnd nimmt er auch das schwere Urteil entgegen. Der Tatbestand ist folgender. Am Abend des 24. Juni 1930 gegen 14 Uhr fuhr der Angeklagte mit einem Fahrrad auf der Chaussee Inowroclaw-Paloch spazieren. Dabei begleitete ihn eine gewisse Johanna Markowicz; dieser wollte der Angeklagte das Radfahren beibringen. Auf der rechten Seite der Chaussee lagen am Rande eines Getreidefeldes ein gewisser Dollner und Stanislaw Cwojdzinski, zwei junge Leute aus demselben Dorfe, um sich auszuruhen. Der Angeklagte kam mit seiner Begleiterin an dieser Stelle vorbei und zeigte ihr dabei einen Revolver. Als beide zurückkamen und wieder diese Stelle passierten, zog der Angeklagte den Revolver und schloß, ohne ein Wort zu sagen, in der Richtung des Getreidefeldes, wobei der oben erwähnte Cwojdzinski einen Kopfschuß erhielt, der ihn auf der Stelle tötete. Als der Angeklagte hörte, daß er den C. erschossen hatte, flog er sich auf sein Rad und floh in unbekannter Richtung. Er trieb sich drei Tage lang in verschiedenen Dörfern herum, bis er verhaftet werden konnte. Der Angeklagte bestreitet seine Schuld und versucht die

Sache so darzustellen, als ob der Schuß unvor-sichtigerweise losgegangen wäre. Das Motiv zu dieser Tat konnte auch durch die Zeugen Aussagen nicht geklärt werden. Der Staatsanwalt beantragt 8 Jahre Zuchthaus. Trotz der fräftigen Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Przybylski schloß sich das Gericht nach längerer Beratung dem Antrag des Staatsanwalts an. Das Urteil lautete: 8 Jahre Zuchthaus und Tragung der Gerichtskosten. Seitens der Verteidigung wurde sofort Berufung gegen das Urteil eingelegt.

z. 2 Jahre Zuchthaus wegen Brandstiftung. In einer zweiten Sache hatte sich der arbeitslose Stanislaw Sychala zu verantworten. Die Anklage legt ihm Brandstiftung zur Last. Der Angeklagte, der wohnend in der Anklagebank sitzt, hat einen schweren Stand, denn einmal ist vorbestraft wegen schweren Diebstahls, und einmal mit 13 Monaten ebenfalls wegen Brandstiftung. Im Dezember 1929 kam der Angeklagte auf die Besitzung des Landwirts Twardowski im Kreise Strelno und bettelte. Er wurde vom Hofe gewiesen. In der Nacht darauf brannte der Roggenstall des Landwirts im Werte von 7000 Zloty ab. Der Angeklagte wurde als Brandstifter festgenommen. Das Gericht, das den Angeklagten für schuldig erkennt und seine Tat als einen Raubeakt bezeichnend, verurteilt ihn daraufhin zu 2 Jahren Zuchthaus. — Es ist zu begrüßen, daß die Gerichte mit solcher Entschlossenheit gegen die immer weiter um sich greifende Landplage der Brandstifter vorgehen.

Udelnau

+ Tragischer Tod. Auf der fürstlich Radziwillschen Domäne Groch-Gorzyce ereignete sich in der Brauerei ein tödlicher Unglücksfall. Der 28jährige Arbeiter Wincenty Krawczyk kam infolge Unvorsichtigkeit einem Antriebsrad einer Walzmaschine zu nahe, wobei ihm ein wichtiger Schlag auf den Kopf veretzt wurde, der ihm die Schädelkapsel spaltete. Der Verunglückte wurde nach dem Kreiskrankenhause überführt, wo er am nächstfolgenden Tage seinen Verletzungen erlag.

Wreschen

Der deutsche Bauernverein Wreschen und Umgegend veranstaltete im Anschließenden Saale ein wohlgelegenes Wintervergnügen, zu dem sich von weit und breit viele Besucher und ihre Angehörigen eingefunden hatten. Bei ausgezeichnetem Militärmusik nahm das Fest einen ungehörten Verlauf, so daß jeder Teilnehmer höchst befriedigt die durch Malermeister Dombrowski künstlerisch geschmückten gastlichen Räume verließ.

Als der Drogenhändler Chrzan, Warschauerstr. 10, heute früh sein Geschäft öffnete, bemerkte er, daß in der Nacht Einbrecher die Ladentasse heimgeführt hatten, um aber nur einen geringen Betrag vorzufinden. Um sich für diesen Mißerfolg zu entschuldigen und um die Junst der Greifenberger in einen „besseren Geruch“ zu bringen, nahmen sie Parfüm, Seifen, Pulver und andere wertvolle Sachen im Werte von über 500 Zloty mit. Nach den Tätern wird eifrig gefahndet.

Alekh

o. Aufklärung zahlreicher Einbrüche. Die in letzter Zeit von hier berichteten Einbrüche scheinen ihrer Aufklärung entgegenzugehen. Die bei verschiedenen verdächtigen Personen vorgenommenen polizeilichen Hausdurchsuchungen hatten ein überaus reiches Ergebnis, da eine große Menge gestohlener Kolonialwaren und Haushaltsgegenstände, wie Eimer, Ofenrohre, Pantoffeln, Plättchen, Messer, Gabeln usw. vorgefunden und von der Bestohlenen als ihr Eigentum erkannt wurde. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, die im Zusammenhang mit den Einbrüchen bei den Kaufleuten Toller und Pienarski stehen. Die energisch betriebenen polizei-

Ischias,

eine Nervenkrankung, heißt eine Hautkur mit Pityriasis fterigum Schlammumschlag „Gamma-Kompreß“. In jeder Apotheke. Inform.: Biuro Pijezany, Poznan, Majstalarzka 7, Tel. 18-95.

70. Stiftungsfest des Männer-Turn-Bereins Rogajen.

Rogajen, 23. Januar. Am Sonntag, dem 25. d. Mts., feiert der Männer-Turn-Berein sein 70. Stiftungsfest. Eingeleitet wird der Abend durch eine reichhaltige turnerische Festfolge, welche durch die Mitwirkung der Männer- und Frauenabteilung des M.-T.-B. Posen besonders wertvoll zu werden verspricht. Um auch den Humor zu seinem Recht kommen zu lassen, wird das einaktige Lustspiel „Unter vier Augen“ von Ludwig Julda von theaterfreudigen Mitgliedern des M.-T.-B. Posen gespielt werden. Der Besuch dieser Veranstaltung dürfte auch für die weitere Umgebung Rogajens lohnend sein.

Wichtig für Hausbesitzer.

Neuregelung des Schornsteinfeger-gewerbes.

Laut Verfügung der Posener Wojewodschaft vom 17. Dezember 1930 haben sich Schornsteinfeger und Hausbesitzer folgenden Bestimmungen zu unterwerfen:

Die Reinigung der Schornsteine und Feuerrohre ist zu festgelegten Stunden auszuführen: im Sommerhalbjahre morgens von 3-6 Uhr (alle 6 Wochen), im Winterhalbjahre morgens von 5-8 Uhr (alle 4 Wochen). Feuerrohre intensiver arbeitender Heizkörper (z. B. in Restaurants, Hotels), ferner Rauchkanäle von Küchenherden und Badöfen sind so oft zu reinigen, wie es zur Vermeidung einer unmittelbaren Gefahr notwendig erscheint.

Bei Schmelz-Rauchfängen genügt jährlich eine zweimalige Reinigung. Technische Fehler, die sich im Laufe der Reinigung herausstellen, sind durch den Hauseigentümer sofort zu beseitigen; ebenso ist die verpflichtet, dem Schornsteinfeger Zutritt zu allen Öffnungen der Rauchkanäle zu verschaffen und die nötigen feuerfesten Behälter zum Wegschaffen des Rußes zu stellen. Der Tag der beabsichtigten Reinigung wird ihm vom Schornsteinfeger 24 Stunden vorher mitgeteilt und durch Ausruf auf dem Hofe den Mietern bekanntgegeben.

Zu widerstandungen gegen obenstehende Vorschriften ziehen eine Geldstrafe bis zu 60 Zloty nach sich. Getrennt liegende Schornsteine größerer Unternehmungen sowie alle Schornsteine von Dampfmaschinen unterliegen nicht diesen Reinigungsvorschriften. Die für dieses Gewerbe zuständige Behörde ist die Gewerbebehörde erster Instanz (wladza przemyslowa 1szej instancji). (Poznanstki Dziennik Wojewodzki v. 10. 1. 31) Se.

lichen Ermittlungen lassen weitere Aufklärungen erwarten.

Ostrowo

+ Aus dem Gerichtssaal. Am Montag, dem 19. d. Mts., fand am hiesigen Bezirksgericht eine Verhandlung gegen den Löffelfabrikanten Stachowiat aus Krotoschin statt, dem zur Last gelegt wurde, in den letzten Jahren dem Staat nicht die Weinsteuer abgeführt zu haben. Der von der Zollbehörde bisher ermittelte Schaden beträgt weit über 5000 Zloty. Der Prozeß gestaltete sich äußerst schwierig, da das Gericht, um den Sachverhalt zu klären, einige Jahre zurückgreifen mußten. Zum Termin wurden 27 Zeugen, hauptsächlich Gastwirte und Restaurateure aus dem weiteren Umkreis, geladen. Der Staatsanwalt beantragte bei Beginn der Verhandlung eine Vertagung des Prozesses, um weitere Verfahren auf den Sohn des Angeklagten, Josef, auszudehnen. Die Verteidigung jedoch widersetzte sich dem Antrag, mit der Begründung, man müsse zu hohe Zeugenkosten, die ca. 1200 Zloty ausmachten, vermeiden. Das Gericht gab der Eingabe der Verteidigung statt, so daß die geladenen Zeugen unter Eid vernommen wurden, um den Prozeß bis zum 3. Februar zu vertagen.

+ Kellerbrand. Am Mittwoch, dem 21. d. Mts., mittags 12 Uhr ist die hiesige Feuerwehr nach der Konditorei Tomaszewski, Bahnhofstraße, gerufen worden, wo infolge Ueberheizung des Ofens der Zentralheizung, das in den Kellerräumen aufgestapelte Brennmaterial in Brand geraten war. Die Wehr erschien nach kurzer Zeit an dem Brandherde, aber die Löschung des Feuers gestaltete sich äußerst schwierig, da durch die ungeheure Rauchentwicklung die Wehr mit Gasmasken arbeiten mußte. Der verursachte Schaden ist unbedeutend.

+ Festnahme eines jugendlichen Diebes. Dieser Tage gelang es der hiesigen Polizei, den erst 18jährigen jugendlichen Ludwig Grzejak, Pleßener Chaussee 5, festzunehmen, der an den in der letzten Zeit vorkommenden systematischen Eisenbahn Diebstählen den Hauptanteil hatte. Der Betreffende hatte aus Eisenbahnwagen Kohlen und Eisenteile gestohlen und diese in Sicherheit bringen lassen.

Wonsarowicz

ec. Durch Feuer vernichtet wurde am Freitag, dem 16. d. Mts., der Vieh- und Pferde-stall des Landwirts Kazimierz Samarynski in Wonsarowicz Kreis. Der Brandschaden wird mit 40 000 Zloty angegeben. Es wird Brandstiftung angenommen. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Wir klagen so viel über den bösen Geist, der durch unser Volk hindurchgeht; aber wir denken so wenig an den guten Geist, der kommen muß, wenn es besser werden soll. Wir fürchten den unheiligen Geist, der die Seelen verdirbt. Aber wir beten zu wenig um den heiligen Geist, der allein Geister erneuern kann.

A. Stöcker.

Buch und Buchhändler im Jahre 1930.

von Hans Ferdinand Schulz (Bonn).

Das Jahr 1929 hatte zur allgemeinen Ueberzeugung zwei ganz große Bucherfolge gebracht, wie sie seit Jahrzehnten nicht, vielleicht überhaupt noch nicht vorgekommen waren: zwei Bücher erlebten im Laufe weniger Monate Auflagen von je einer Million. So verschieden die Ursachen für den Erfolg gewesen sind — bei Remarque's Buch war es der Stoff, das qualvoll große Erleben des Krieges, dem viele die Jahre hindurch bewußt oder unbewußt aus dem Wege gegangen waren und das jetzt ungefüllt zu einer Auseinandersetzung zwang; bei den Buddenbrooks die Verleihung des Nobelpreises an ihren Dichter und der Anteil größter Billigkeit — es bleibt als Gemeinames, daß zweimal im Laufe eines Jahres Millionen von Volksgenossen sich mit ein und demselben Buch beschäftigt haben. Zweimal im Laufe eines Jahres fand ein Buch im Mittelpunkt des geselligen Lebens weitestverbreiteter Leserschaften. Denn ein Erfolg von so gigantischem Ausmaß läßt sich nicht künstlich mit Mitteln kaufmännischer Werbung aufziehen. Er ist bedingt durch die seelische Mitarbeit aller. Allerorten las man, allerorten beredete man Remarque's Buch und wenige Monate später die Buddenbrooks. Dabei ist es gleichgültig, ob man in dem einen Falle den Buchinhalt bejahte oder ablehnte.

Wer nun gehofft hatte, daß im Jahre 1930 sich ähnliche Vorgänge mit Büchern wiederholen könnten, wurde enttäuscht. Das Buch hat sich wieder in seine bescheidene Stellung zurückgezogen. Die Öffentlichkeit redet nicht von ihm, höchstens von seiner Krise. Die Verleger mögen sich anstrengen mit billigen Volksausgaben, soviel sie wollen; die Dichter mögen schreiben, soviel sie wollen, Gutes und Schlechtes. Der Erfolg bleibt in mäßigen Grenzen, er läßt sich nicht zwingen. Selbst die gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Aufregungen dieses Herbstes und Winters vermochten nicht, größere Anteilnahme an bestimmten politischen und wirtschaftlichen Büchern hervorzurufen. Nur der kleine Moritz erinnert sich, daß Wissen Macht ist, und er kauft schnell Tausend Worte Englisch oder den Großen Duden.

Das Bücherjahr 1929 war also anormal, und das Bücherjahr 1930 reiht sich unauffällig seinen Vorgängern 1928, 1927 usw. an. Daß es das noch kann und nicht umgekehrt ist an ungewöhnlich schlecht aus der Reihe fällt, sei im Augenblick größter wirtschaftlicher Depressionen hervorzuheben. Die Anstrengungen des Buchhandels, durch Preisentlassungen großen Stils (Volksausgaben usw.) verlorene Käuferschichten wiederzugewinnen, lange bevor von einer „Preisentlassung“ geredet wurde, sind doch nicht ganz erfolglos gewesen. Die Bücherkäufer müssen nur wissen, daß unmöglich jedes Buch 2,85 Mark kosten und mit fortgeschrittenen Methoden für den Massenverbrauch hergestellt werden kann. Die Einsichtigen wissen es auch; sonst hätten nicht auch in diesem Jahr einige Neuerscheinungen oberhalb der 2,85-Mark-Grenze immerhin erfreuliche Absatzahlen zu verzeichnen: der neue Feuchtwanger, der neue Hamann, Hermann Hesses Karziz und Goldmund, Josef Roth's Hieb, selbst das Buch eines bis dahin Unbekannten, Karl Friedrich Boreas fast zu empfindsamer Roman Dor und der September.

Das 2,85-Mark-Buch als Typ hat auf der ganzen Linie gesiegt. Darüber ist nicht zu reden. Aber alle die 2,85-Mark-Schlager dieses Jahres, Werfels Verbi, Wassermann's Gänsemännchen, Schleiß's Besonnte Vergangenheit, Thiel's Die Verdammten, Mahrholz' Deutsche Literatur der Gegenwart, müssen sich mit einem Bruchteil der Buddenbrook-Auflage bescheiden. Die Zahl der guten 2,85-Mark-Bücher ist vom Standpunkt der konkurrierenden Verleger fast schon zu groß. Dabei ist aber auffallend, daß die Vorherrschaft auf dem Gebiet der Volksausgaben ihren Erfindern Anz und Hesse und Beder mehr und mehr entgleitet. Beide haben Schwierigkeiten, geeignete neue Bände für ihre Sammlungen zu finden. Die Originalverleger bringen jetzt ihre „Prominenten“ lieber unter eigener Regie in Volksausgaben heraus, als daß sie die Nachdruckkonzeption verlaufen. Und die Zahl der für Neuausgaben geeigneten älteren Werke scheint mit den etwa 150 Bänden Keller, Storm, Stifter, C. F. Meyer, Brachvogel, Dostojewski, Tolstoi, Murger, Zola und wie sie alle heißen, die in die unsterbliche Schatzkammer eingegangen sind, bedenklich erschöpft. Der Vertreter eines 2,85-Mark-Großbetriebes gab mir offen zu, daß ihm seine „Epigonen“, das heißt die Verleger, die nun plötzlich ihr Herz für 2,85 Mark entdeckt haben, zu schaffen machen; aber sie sind auf die Dauer alle auf falschem Wege. Die Zukunft für Massenausgaben liegt wo anders. Wir haben eine „Re-

naissance der guten alten deutschen Schwärze“ zu erwarten: Heimburg, Marlitt usw. Das ist etwas fürs Volk, das sich an der hochliterarischen Kost den Magen verdoeben hat... Qui vivra verra. Bisher war von einer solchen „Renaissance“ nichts zu spüren, im Gegenteil, die Mehrzahl der erfolgreichen Bücher steht auf beachtenswerter literarischer Höhe. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß unsere sogenannten „guten“ Buchhandlungen die Courts-Maler-Kunden längst an die Winkelbucklader, die Leser aus der Arbeiterkategorie an die Parteibuchhandlungen verloren haben.

Das Weihnachtsgeschäft setzte in diesem Jahre besonders spät ein. Die Vertreter einiger großen Verlagshäuser, die Anfang Dezember nochmals Weihnachtssaufträge hereinzuholen versuchten, meldeten Geschäftsstille. Erst der Silberrne Sonntag brachte den Beginn des eigentlichen Weihnachtsgeschäfts. Von da an war es allerdings ziemlich lebhaft, so daß man immer noch zufrieden sein muß. Gekauft wurden außer Romanen Memoiren, Reisebeschreibungen, Jugendchriften, und

Graphische Ausstellung im Museum

Das Museum Wielkopolski zeigt — zum 100-Jahr-Gedächtnis — eine sehr umfangreiche Ausstellung graphischer Blätter, die sich auf den Zustand gegen Rußland (1830/31) beziehen. Die Ausstellung ist zum überwiegenden Teil aus dem Bestande des als Kunstsammler wohlbekannten Herrn Łatanowicz aufgebaut, und sie bietet ein ganz erhebliches Interesse.

Wie immer bei solchen alten graphischen Dokumenten vereinigt sich auch hier das landesgeschichtliche Interesse mit einem solchen künstlerischer Art. Dazu kommt noch, daß eine recht große Anzahl dieser Graphiken deutscher Herkunft ist, von deutschen Verlegern herausgegeben, und daß hier einige Namen von Stechern auftauchen, die sonst so gut wie unbekannt sind, die die Zeit verschlungen hat, deren Wiederentdecken aber doch ganz lohnend ist.

Die Ausstellung ist in dem graphischen Ausstellungsraum des Museums — nicht sehr günstig — im Souterrain untergebracht. Man erreicht den Raum, nach Durchschreitung des Lichthofes, an der gleich zur Linken herabführenden Treppe.

Der ganze Raum ist mit diesen Blättern erfüllt. Eine gewisse Einteilung ist schon dadurch erreicht, daß Bilder großpolnischer Heerführer und Persönlichkeiten gesondert von denen langreppolnischer angeordnet sind. Somit ist die Zugehörigkeit einzelner Blätter zu gewissen Serien zum eintellenden Prinzip gemacht. Dann wieder sind — zum Beispiel an einem Drehpult — zeitgenössische Karten von in diesem Kriege vorkommenden Verhältnisse und Kampfpunkten angeordnet. Im ganzen ist, trotz der Fülle des Materials, eine ganz gute Uebersichtlichkeit erreicht.

Gleich an der Südwand — das ist die, vom Eintritt aus gefundene, rechte Schmalwand — wird die Aufmerksamkeit erheblich angezogen. Hier ist eine Reihe von farbigen Lithographien von J. Lewicki. Sie stellen verschiedene polnische Waffengattungen dar, sind aber erheblich mehr als bloße Uniformblätter, sondern zeigen eine schöne und bewegte Komposition. Auch ihre Farbgebung ist von künstlerischem Reiz. Die Blätter tragen die Hauptbezeichnung „Wojsko Polskie“ und die Verlegerbezeichnung „Rith. de Simon fils à Strasbourg“. Gleich zur Linken von diesen Blättern, hart am Fenster, sehen wir einen guten Bekannten: nämlich einen Sachse'schen Druck „zwei polnische Militärs“ in sehr abgetrübter Uniform, in einer parkartigen Landschaft darstellend. Unterschrift: „Polnische Militärs“. Verlag Sachse & Co., Berlin. — Ich glaube nicht, daß dieser Sachse'sche Druck irgendwo weiter bekannt ist. An der ganzen rechten Eingangswand hängen dann eine ganze Reihe farbiger polnischer Blätter, Generale und sonstige hervorragende Persönlichkeiten in Einzeldarstellungen zeigend. Die Blätter sind ebenso gut im Farbigen wie im Ausdruck. Ob sie einen Stechnamen zeigen, konnte ich nicht feststellen: die Lichtverhältnisse sind an dieser, den Fenstern abgewandten Seite recht ungünstig.

Wir wenden uns nun zu einer der im Innern aufgestellten Vitrinen. Da ist ein Zyklus von vier Darstellungen zu sehen: „Inneres des Warschauer Zeughauses“, dessen Erstausführung in jenen Tagen eine wichtige Rolle spielte. Es ist ein Zyklus von J. Bizarzi,

in starkem Maße Bilderbände für Erwachsene. Die hochentwickelte deutsche Lichtbildkunst hat einer ganzen Anzahl von Verlegern Anregung gegeben. Der Bücherkäufer mit der knappen Zeit und der großen Unruhe mag derartige Werke auch deshalb bevorzugen, weil sie seine besondern Anforderungen an geistige Sammlung stellen. Auf fallend ist ferner in den Tagen politischer Leidenschaft die Bevorzugung des Sinnigen und Gemütvollen. Kleine Weihnachtsbüchlein mit Versen und bunten Bildern, Spruchsammlungen und ausgesprochene „Geschenkbändchen“, unter den Kassenlern die besonders zart illustrierten wurden sehr begehrt.

Das wissenschaftliche Buch, sofern es sich nicht um gelehrte Monographien, sondern um Gebrauchsbücher für den Lernenden und Praktiker handelt, hat sich das ganze Jahr hindurch gut gehalten. Es ist nicht so dem Einfluß widriger Zeitverhältnisse unterworfen wie das schönegeistige Buch. Im Gegenteil, je härter die Anforderungen bei Prüfungen und Bewerbungen sind, um so zwingender ist die Notwendigkeit angespannter Arbeit, und dabei ist das gedruckte Buch nicht zu entbehren. Schwierig ist die Lage für eine ganze Reihe schwerwissenschaftlicher Zeitschriften, da nicht nur private, sondern auch staatliche und städtische Stellen abbestellen. Da aber der Preis eines Druckwerkes im wesentlichen von der Auflagenhöhe bedingt ist, steht hier nicht Preisabbau, sondern Preiserhöhung bevor, und wir haben die bekannte Schraube ohne Ende.

Im neuen Jahr wird sich der Sortimentverleger noch sorgfamer als bisher auf das Gebrauchsbuch und in der schönen Literatur auf das billige Buch einstellen müssen, obwohl bei beiden Gruppen von Büchern seine Verdienstspanne prozentual geringer ist als bei anderen Büchern. Die sich hieraus ergebenden betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten können an dieser Stelle nicht erörtert werden. Die entscheidende Frage, die alle anderen Fragen beherrscht, ist die Rücksicht auf Wünsche, Bedürfnisse und finanzielle Möglichkeiten der Bücherkäufer.

von dem die zugrunde liegenden Zeichnungen herrühren. Was wir hier sehen, sind vier farbige Aquatintablätter. Diese farbigen Blätter sind ohne große Kunst, doch recht reizvoll und geben von den eigenartigen Innerräumen dieses Bauwerks einen interessanten Eindruck. Stecher: J. A. Dietrich, von dem noch die Rede sein soll. Von ihm ist hier nämlich auch eine Reihe Darstellungen von polnischen Soldaten nach Waffengattungen und Uniformen. Es sind handolorierte Aquatintabilder. Sie sind in Gestalt und Farbigkeit von Reiz, und es lohnt sich doch, diesen ganz vergessenen deutschen Graphiker, den man wohl als Künstler bezeichnen kann, etwas näher anzusehen: Friedrich Christoph Dietrich ist 1779 in Döhringen (Württemberg) geboren. Er ist ziemlich viel in der Welt herumgekommen, hat namentlich in Holland gearbeitet und in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts graphische Beduten von Berlin und Potsdam geschaffen. Dann ist er — was in diesem Zusammenhang besonders interessiert — nach Polen, nach Warschau gegangen, und zwar auf Berufung durch den Minister Grafen Potocki. Was jedenfalls beweist, daß Dietrich damals bereits ein gewisses Ansehen als Künstler hatte. Er nahm dort eine beamtete Stellung ein und zog sich schließlich im Ruhestande nach Lodz zurück, wo er 1847 gestorben ist.

Sehen wir uns nun einige Blätter an der Fensterwand an. Hier sind vor allem Darstellungen von den Kämpfen zu sehen. Da sind zwei Kupferstiche, der eine mit der Unterschrift „Die Schlacht von Praga, d. 25. Februar 1831“, Nürnberg bei Fr. Campe; der andere, gleichfalls vom Campeschen Verlag herausgegeben: „Die Schlacht von Jaganie“ am 10. April 1831. Ein Stecher ist nicht angegeben, und das ist auch nicht verwunderlich, denn die beiden Blätter sind araphisch recht mäßig. In der Nähe: ein farbiges Blatt, ohne Verleger und ohne Stechnamen, aber trotzdem — vor allem in seiner fröhlichen Farbigkeit — recht gut. Es ist eine Darstellung aus dem Kampf bei Ofek. Unterschrift: „Während war der Angriff der poln. Cavalerie bei Ofek, den 29. Juli 1831, die Kosaken konnten nirgends Stand halten und wurden bei Verlust von vielen Toten und Verwundeten auf das preußische Gebiet verjagt.“ Das Blatt, das, wie hervorgehoben, durch seine Farbgebung sich auszeichnet, zeigt ein ausgesprochenes Grün (Kosaken) gegen ein ebenso bestimmtes Grün (Waffenröde der polnischen Kavallerie).

Recht interessant ist ein gleichfalls farbiges Blatt: „Die letzten zehn vom 4. Regiment“. Es hat als Beschriftung ein ganzes Gedicht in sieben Strophen von Julius Moser. Ein formvolles Gedicht, das das tragische Geschick dieser zehn beklagt. Oben ist dann die Darstellung dieser zehn Mann, die an einem Wirtstisch stehen, der an seinen beiden Armen die Aufschrift Posen — Warschau trägt. Das interessante Blatt ist gleichfalls in Nürnberg bei Fr. Campe erschienen. Es muß damals großen Anklang gefunden haben, denn es ist ins Polnische übersetzt worden von J. A. Kamiński. Auch dieses Blatt liegt hier auf, es trägt die Ueberschrift: „Pulk czarty“ und die Unterschrift „Dumalozje z niemożnego Juliusza Mosera“.

Dann sind da zwei farbige Kupferstiche aus einer gleichfalls von Campe in Nürnberg heraus-

gegebenen Kupferstichfolge, bei denen ein Stecher namens Wunder auftritt, ein Mann, der wohl sonst gar nicht bekannt ist; wenigstens habe ich nichts über ihn aufreiben können. Die Zeichnungen, nach denen diese Stiche gemacht sind, rühren von Polz her. Das ist offenbar Johann Michael Polz, geboren 1784 zu Nordlingen. Von den beiden Kupferstichen nun trägt der eine die Unterschrift: „Ausbruch der Polnischen Revolution zu Warschau den 30. November 1830“. Das Bild ist klein, und die Szene stellt nur einen kleinen Ausschnitt dar; im Hintergrunde ein stattlicher Bau. Der andere hat die Bezeichnung: „Eröffnung des Russ-Polnischen Feldzuges 1831“; sieht russische Truppen auf dem Marsche. Die Kupferstiche sind graphisch nicht sonderlich, der Stecher Wunder steht hinter den Arbeiten der hier zu sehenden Dietrich'schen Blätter erheblich zurück.

Und dann sieht man hier unter diesen Darstellungen einen veritablen Neuruppiner Bilderbogen. Es ist ein typischer Neuruppiner Bilderbogen: kräftig in der Farbe und durchaus etwas habheblich und volksmäßig dargestellt. Er zeigt den Uebergang der russischen Armee über die Weichsel. Auch fehlt unten nicht die Bezeichnung: Neuruppin, zu haben bei Gustav Kühn. Man sieht oben über dem Fluß Warschau liegen. Rechts im Vordergrund der Führer mit seiner Suite. Soldaten in der Reihe. Das Ganze des Bilderbogens, wenn auch etwas volksmäßig grob, hat doch in seiner guten handolorierten Art etwas recht Schmuckes. (Der kleine Ort Neuruppin — das sei hier anzumerken erlaubt — wird übrigens bald wieder einmal in der Welt genannt werden: am 13. März dieses Jahres werden nämlich 150 Jahre verstrichen sein, seit hier sein größter Sohn, Karl Friedrich Schinkel, geboren wurde.)

In einer Vitrine, etwa in der Mitte des Raumes, finden wir eine Anzahl recht eigenartiger Stiche: Es sind Graphiken, deren Hauptteil Noten sind: Märsche verschiedener polnischer Truppenteile aus dieser Zeit. Die Noten sind vorzüglich gestochen, geben zusammen mit dem figürlichen ein sehr schönes graphisches Bild. Dieses figürliche, farbige Graphik, Soldaten dieser verschiedenen Truppen darstellend, stammt von dem polnischen Künstler T. Mielcarzewicz, einem Graphiker, der rechte Beachtung verdient und der in der großen Ausstellung des Museums vom Sommer 1929 sehr vorteilhaft hervortrat.

Es wäre noch gar mancherlei aufzuführen; aber schon das Angeführte wird klarmachen, daß es sich hier um eine recht umfangreiche und recht interessante Ausstellung handelt, die einen Besuch lohnt.

Georg Brandt.

Mitteilungen

Vererbung und Krebsforschung. Die Disziplinäre familienkundliche Kommission hält am 1. Februar zu Braunschweig eine Tagung über „Vererbung und Krebsforschung“ ab. Das Problem wird vom Standpunkt der Vererbungsbiologie, der Pathologie und der Biologie und Klinik aus behandelt. Zu ausgiebiger Aussprache, die sich namentlich auch auf die Mitteilung von Stoff aus eigener Erfahrung erstrecken soll, wird Gelegenheit gegeben werden.

Niechjes Nachlaß. Unter dem Titel „Friedrich Niechjes. Nachlaß“ erscheint bei Alfred Kröner in Leipzig eine Ausgabe, in der Prof. Alfred Bäumler-Desden das Bedeutendste aus Niechjes Nachlaß vereinigt hat. Die Ausgabe verpflichtet die notwendige, seit langem erwartete Ergänzung und in manchem der Schlüssel zu den Werken zu werden, da Niechjes im Nachlaß sein Werk gleichsam noch einmal und unbekümmert um die Wirkung geschrieben hat.

Ein internationaler Kongreß für Rechtsvergleichung. Der von der Akademie für Rechtsvergleichung seit längerer Zeit vorbereitete internationale Kongreß soll im August 1932 im Haag, dem Sitz der Akademie, zusammenkommen.

Ein neues Protestantismuseum in Frankreich. In La Rochelle, das in der Geschichte des französischen Protestantismus eine wichtige Rolle spielt, soll ein Museum begründet werden, das bestimmt ist, Zeugnisse des protestantischen Lebens im Westen Frankreichs zu sammeln. Die Gegend zwischen La Rochelle, Poitiers und Saumur war einst durch die Zahl, den Reichtum und die geistige Bedeutung ihrer Reformierten ausgezeichnet.

Umgestaltung der Eisenacher Museen. Die Kunstmuseen Eisenachs befinden sich gegenwärtig in einer Neuordnung, die im Frühjahr abgeschlossen sein soll. Die kunstgewerblichen Sammlungen des Thüringer Museums, also namentlich thüringisches Kunstgewerbe und Volkskunst, werden mit den Gemälden der Curt Elshner-Galerie in dem zum Museum umgebauten Marstall des Schlosses vereinigt, wo auch eine größere Bibliothek eingerichtet werden soll. Die zeitgenössische thüringische Kunst dagegen kommt in die alte Predigerkirche.

Eine Selbstschau Hofmannsthal's. In dem neu erschienenen Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts teilt Walter Brecht Aufzeichnungen Hugo von Hofmannsthal's mit, die der Dichter Anfang 1919 dem befreundeten Literaturhistoriker zur Bewertung in Vorlesungen und Schriften übergeben hatte. Die Blätter, die Hofmannsthal „Ad me ipsum“ betitelte, stellen nichts Geringeres dar als einen Bericht des Dichters, sich selbst und sein Gesamtwerk systematisch als Ganzes zu übersehen und organisch zu verstehen.

Wirtschaftsbrief aus Estland.

Ehe noch die letzten Nachklänge des Zusammenbruchs der Discontobank verhallt, hat uns die Berichtswache bereits einen neuen Bankkrach weit grösseren Formats gebracht. Der Zusammenbruch der Kommerzbank mit den weiteren Folgen, die er nach sich gezogen hat, ist zweifellos das Ereignis des Jahres. Von Schwierigkeiten bei der Kommerzbank war schon seit längerer Zeit zu hören.

Bemerkenswert ist es, dass das Gericht von den durch das Wirtschaftsministerium als Kuratoren der zahlungsunfähigen Bank in Vorschlag gebrachten Kandidaten nur 2 — Abg. A. Oinas und A. Olbrei — im Amt bestätigte, die drei übrigen Kandidaten aber durch andere Personen ersetzt. Wie die Liquidation sich gestalten wird, ist eben noch nicht zu überblicken, doch dürften die Kapitalien der Bank jedenfalls verloren sein; es soll aber Aussicht vorhanden sein, die Kreditoren der Bank einigermaßen befriedigen zu können.

Obgleich die anderen örtlichen Privatbanken durch den Zusammenbruch der Kommerzbank keinen Schaden erlitten haben und daher sachlich kein Anlass vorlag, an ihrer Zahlungsfähigkeit irgendwie zu zweifeln, hatten die rasch hintereinander folgenden Zahlungseinstellungen bei der Disconto- und bei der Kommerzbank doch bereits so viel Misstrauen im Publikum gesät, dass ein Massensturm der Einleger gegen die Kassen der anderen Banken einsetzte. Dieser Ansturm richtete sich vor allem gegen die Kassen der grössten estnischen Bank, der Kreditbank, die ihm nach dem Mass ihrer Kräfte Widerstand geleistet hat. Da aber ein derartiger massenhafter Abstrom der Einlagen in der kurzen Frist von ein paar Tagen schliesslich jede, selbst die solideste Bank in Gefahr bringen kann, sah sich die Staatliche Darlehnsbank schliesslich zum helfenden Eingreifen veranlasst, indem sie durch Plakate und durch den Rundfunk verkündete, sie übernehme mit einer halbjährigen Kündigungsfrist die Garantie für alle Forderungen der Gläubiger der Kreditbank gegen diese letztere. Damit kann die Sachlage als völlig gesichert angesehen werden und die erregten Gemüter werden sich nunmehr zweifellos allmählich beruhigen. — Auch in einigen anderen Banken ist ein Abstrom von Einlagen, wenn auch in geringem Masse, zu verzeichnen.

Die Antworten der Fraktionen auf die Anfrage des Staatsältesten betr. ihrer Stellungnahme zu den von der Regierung zur Herstellung des Budgetgleichgewichts ins Auge gefassten scharfen Sparmassnahmen sind unverbündelt ausgefallen. Während die agrarischen Parteien eine noch schärfere Beschnidung der Ausgaben für den Staatsapparat (Beamtengehälter, Pensionen usw.) für erwünscht halten, eine Antastung der produktiven Ausgaben vermeiden sehen möchten, empfehlen die städtischen, mit der Beamtenschaft näher verknüpften Parteien — so die Arbeitspartei und die Christl. Volkspartei — mit der Kürzung der Gehälter, Pensionen, der ärztlichen Behandlung besonders bei den niederen Beamten sehr behutsam zu sein. Die Volkspartei lehnt es in stark verklausulierter Form ab, schon jetzt, vor der Einbringung des ganzen Budgets, zu den Vorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen. Im übrigen empfehlen Landwirte und Ansiedler eine Verringerung der Abzordnetenditäten, die Ansiedler ausserdem die Abschaffung der kostspieligen Kreiselverwaltung.

Inzwischen wird das System der Talliner Sparmassnahmen weiter ausgebaut. Das Präsidium der Staatsversammlung hat eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, durch die auf dem Wege einer Umorganisation der parlamentarischen Arbeit und einer Kürzung verschiedener Sondervergütungen an die Abgeordneten nennenswerte Ersparnisse im Budget der Staatsversammlung erzielt werden sollen. Der Bildungs- und Sozialminister hat von der Regierung den Auftrag erhalten, einen Gesetzentwurf betreffend die Abschaffung der ärztlichen Hilfeleistung an die Staatsangestellten und die Verkürzung ihrer Urlaubszeit auszuarbeiten. Eine Deputation des Verbandes der Staatsangestellten hat freilich inzwischen beim Staatsältesten vorgesprochen und ihm eine Protestentschuldung gegen die geplanten Massregeln überreicht, und weitere Protestmassnahmen werden in den Kreisen der Staatsangestellten erwogen; doch dürfte all das wohl kaum etwas an der Sache ändern. Die Regierung ihrerseits hat inzwischen die Abschaffung der ärztlichen Hilfeleistung, die Verringerung der Pensionen um 20 Prozent, die besondere 2prozentige Zahlung vom Gehalt zum Besten des Pensionsfonds usw. auch in den Budgets der selbständigen staatlichen Betriebe durchgeführt. — Der Gesetzentwurf über die Umsatzsteuer ist vom Wirtschaftsministerium nunmehr endgültig fertiggestellt und gelangt demnächst in der Regierung zur Erwägung. Die Novelle zum Alkoholgesetz, die u. a. den Landgemeinden das Recht der örtlichen Trockenlegung nimmt und die Eröffnung von Schankstätten erleichtert, ist vom parlamentarischen Finanzausschuss angenommen worden, desgleichen vom Unterausschuss der Allgemeinen Kommission auch der Gesetzentwurf über die kleine (Krähholzer) Narvekonzeption.

Die Festsetzung der näheren Bedingungen der zweiten Roggenauflaufkampagne — darunter auch des Terms des abzunehmenden Quantums, des Preises und der Aufkaufsorganisation — die von der Regierung von Tag zu Tag in Aussicht gestellt wird, ist bisher immer noch nicht erfolgt. Doch scheint somit festzustehen, dass jedenfalls nicht das ganze unabh. Quantum angekauft wird, sondern nur ein Teil — voraussichtlich 10 bis 20 Prozent von jedem Verkäufer — und dass der gezahlte Preis geringer sein wird, als beim ersten Aufkauf (etwa 2.50 Kr. pro Pud gegen 2.80 Kr.).

Die beharrliche Forderung der Ansiedler nach Landzuschnitt für die Kleinwirtschaften scheint sich ihrer Erfüllung zu nähern. Zwecks Arrondierung der Zwerkwirtschaften unter 10 Hektar stellt das Landwirtschaftsministerium mit Zustimmung der Regierung 24 000 Hektar, darunter 13 000 Hektar Waldland, bereit.

Frühjahrsmarkt für Sämereien in Warschau.

Am 27. und 28. Februar findet in Warschau auf Initiative der Landwirtschaftskammer der erste Frühjahrsmarkt für Sämereien statt, der zum erstenmal seit dem Kriege auch eine Abteilung für Waldsamen aufweisen wird. Der Markt wird ferner Samen von Getreide- und Zuckerpflanzen, Gemüse, Blumen, Industrie- und Heilpflanzen, Obstbäumen usw. zum Verkauf bringen.

Die deutsche Fachpresse über die Aussichten des polnischen Wurstwaren-Exports.

In der Zeitschrift „Ernährungswirtschaft“ ist kürzlich unter dem Titel „Neue Wege zur Hebung des polnischen Wurst- und Schinkenwarexports“ ein interessanter Artikel erschienen, in dem in sachlicher Weise der gegenwärtige Stand der polnischen Wurstwarenproduktion für den Export geschildert wird. Nach einem Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche noch zu überwinden sind, wird festgestellt, dass die Ausfuhr Polens auf diesem Gebiet nach Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten, insbesondere nach dem Übergang zum Fabrikbetrieb, grosse Entwicklungsaussichten besitzt.

Um den seewärtigen Aussenhandel Polens.

Die Rolle der deutschen Häfen.

III.

Häfen im polnischen Gesamtaussenhandel ist um so bedeutsamer, wenn man berücksichtigt, dass der Durchschnittswert einer über Danzig und Gdingen im Jahre 1929 ein- oder ausgeführten Tonne im Gesamtverkehr 147 Zl (Ausfuhr 83 Zl, Einfuhr 481 Zl) betragen hat, während der Durchschnittswert der über fremde Häfen nach oder von Polen transportierten Tonne gleichzeitig 1065 Zl (Ausfuhr 429 Zl, Einfuhr 2353 Zl) betrug. Hierbei ist, wenn es sich um die fremden Häfen handelt, der polnische Aussenhandel zu 85 Prozent über deutsche Häfen gegangen. Nach amtlichen deutschen Berechnungen sind folgende Güter im Transit über deutsche Häfen befördert worden:

	aus Polen nach Polen insgesamt	in 1000 Tonnen	
1926	4686	174	4860
1927	760	289	1049
1928	738	307	1045
1929	572	165	735

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, wenn man das infolge des englischen Kohlenstreiks anormale Jahr 1926 eliminiert, ein schrittweiser Rückgang des polnischen Aussenhandels über die deutschen Häfen — ein Vorgang, der von der polnischen Wirtschaftspresse lebhaft begrüsst wird. Insbesondere wird der Rückgang im Jahre 1929 hervorgehoben, der für die nächsten Jahre einen weiteren Rückgang erwarten lässt. Eine polnische Aufstellung befasst sich nun mit der Höhe der Gewinne, die dem Reich infolge der Benutzung der deutschen Häfen in den vergangenen Jahren zugeflossen sind — und die in Zukunft der polnischen Wirtschaft erhalten bleiben sollen. Zunächst wird die Höhe der Einnahmen, die die Reichsbahn aus den polnischen Transporten hatte, auf jährlich durchschnittlich 45 Millionen Zl bezeichnet. Die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften verdienten jährlich 22.5 Millionen Zl, die Häfen an Gebühren usw. 6.5 Millionen Zl. Die Gewinne des deutschen Zwischenhandels werden mit 35 Millionen Zl für den selbständigen Kaufmann und 17.5 Millionen Zl für den Handelsvermittler bei der Ausfuhr mit 75 Millionen Zl für den selbständigen Kaufmann (Exporteur) und mit 12.5 Millionen Zl für den Handelsvermittler bei der Einfuhr geschätzt. Insgesamt beträgt somit der Verdienst deutscher Stellen an dem polnischen Aussenhandel, der über deutsche Häfen

geleitet wird, 214 Millionen Zl. Bei dieser Gelegenheit spart die polnische Wirtschaftspresse nicht mit Vorwürfen gegenüber der polnischen Wirtschaft, die ohne Bedenken sich des deutschen Zwischenhandels auch dort bedient, wo sie in der Lage wäre, selbständig zu arbeiten; ein grosser Teil der durch deutsche Vermittlung ausgeführten polnischen Waren werde als „made in Germany“ fremden Märkten zugeleitet, was einen weiteren Ausfall für die künftige Expansion des polnischen Aussenhandels bedeutet. Der polnische Kaufmann kümmere sich nur wenig um die Art, in der die Waren zu ihm gelangen, respektive Polen verlassen: er kaufe franco Grenze ein und verkaufe ebenfalls franco Grenze, so dass der grösste Teil des Gewinnes an den Waren in beiden Fällen dem deutschen Kaufmann oder Vermittler zufalle. Nicht der polnische Kaufmann, sondern die deutsche Wirtschaft befasse sich mit dem Transport der Güter, was den hohen Anteil der deutschen Häfen an dem polnischen Gesamtaussenhandel erst verstehen lasse. Mit dieser kurzschichtigen Politik müsse endlich, so stellt die polnische Wirtschaftspresse fest, aufgeräumt werden. Es sei zwar nicht zu hoffen, dass die deutschen Häfen in Zukunft überhaupt aus dem polnischen Gesamtaussenhandel auszuscheiden seien — zumal auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Erschliessung des Hinterlandes der polnischen Häfen noch viel zu tun sei — aber die Nachteile, die hieraus nicht zuletzt für die polnische Handelsbilanz entstehen (während die Passivität der Bilanz in den letzten 4 Jahren 1775 Mill. Zl betrug, verdienten deutsche Stellen an dem polnischen Aussenhandel 650 Mill. Zl), müssen nach Kräften beseitigt werden. Dies könne erfolgen durch Ausbau und Befestigung des Bewusstseins der polnischen Öffentlichkeit über die Notwendigkeit eigener Häfen und eigener Schifffahrt, Unterstützung der seewärtigen Expansion durch Vorzugszölle, ermässigte Eisenbahntarife nach den Häfen, Prämiierung der Ausfuhr über die eigenen Häfen, Gewährung besonderer Privilegien für die Einfuhr über die Häfen, weitere Erleichterungen auf dem Gebiet der Steuern, Akzisen, Konzeptionen, Kredite usw.

Es ist selbstverständlich, dass die polnische Presse bei diesen Anregungen weniger an die „polnischen Häfen“ als einzig und allein an Gdingen denkt, wo die polnische Regierung ja bereits eine ganze Reihe der obigen Anregungen ausgeführt hat.

Das englisch-französische Goldproblem.

Herr Bizot, der stellvertretende Direktor des französischen Schatzamts, ist von einem Besuch bei seinem englischen Kollegen zurückgekehrt. Wie wir in unserem letzten Bericht angedeutet haben, sind die Pariser Besprechungen der englischen und französischen Schatzamtsvertreter also fortgesetzt worden. Die Ergebnisse von London bewegen sich auf demselben Plan wie die Resultate in Paris. Es wird immer klarer, dass man sich zusammengefunden hat, um im Spiel eines nationalökonomischen Seminars sich selber wieder einmal über das Uhrwerk der internationalen Wirtschaft, nämlich über die Goldwährungsmechanik klar zu werden; natürlich insoweit es an dem französisch-englischen Beispiele abgelesen werden kann. Die Londoner Besprechungen sind ein Beweis dafür, dass man wirklich mit Erfolg daran gegangen ist, das komplizierte Problem sine ira et studio zu untersuchen, und dass wirklich ein guter Teil jenes Misstrauens verschwunden ist, aus dem heraus es bis jetzt so schwierig war, gewissermassen mit der Objektivität des Wissenschaftlers sich der Materie zu nähern.

Im Handelsteil hat unser Londoner Korrespondent darauf hingewiesen, dass aus jenem Misstrauen heraus man mit geradezu listigen Mitteln eine Zeitlang versucht hat, den Goldabfluss von England nach Frankreich abzustopfen. Eines dieser Mittel bestand darin, dass von einem halben Jahr die Bank von England der französischen Goldabfuhr nicht, wie bis dahin, Feingoldbarren zur Verfügung stellte, sondern sogenannte Standardgoldbarren mit niedrigerem Feingehalt. Da die Bank von Frankreich nach einer seit der Stabilisierung bestehenden Regelung nur Feingold akzeptieren darf, musste also Gold, das von England nach Frankreich geschickt wurde, vorher umgeschmolzen werden. Diese Massnahme der Bank von England war im Grunde nur eine recht ausserliche, oder um bei dem Wort zu bleiben, eine „listige“, denn zwar wurden dadurch einige Mehrkosten verursacht und die unzureichende Leistungsfähigkeit der Schmelzanstalten in die freie Goldzirkulation als Hindernis eingeschaltet, aber die Ursache der Goldabflüsse überhaupt nicht berührt. Ja, die Bank von England hat sich selbst damit geschadet: durch ihre Massnahme veräusserte sie das Spiel der Goldpunkte (die Bewegungen des Punktkurses waren also nicht mehr von zwei fixen Punkten flankiert, sondern die untere Grenze wurde weichen, weil nicht genug Gold leiweltig zur Stützung des Punktkurses ausgeführt werden konnte). Aus dieser allmählich prekär gewordenen Situation ergab sich eine Art von moralischer Schädigung der englischen Währung. Die Bank von Frankreich hatte bislang zögern müssen, das englische Standardgold zu akzeptieren; denn es ist klar, ein solcher Entschluss zieht zunächst eine grössere Menge von Gold aus England nach Frankreich, und man hätte in England nicht verfehlt, die alten Beschuldigungen zu erneuern: Frankreich lege es systematisch darauf an, in den Kellern seines Noteninstituts Gold aufzuheben.

Heute aber hat die Bank von Frankreich eine solche Auslegung nicht mehr zu fürchten. Es zeigen sich die ersten Früchte der Besprechung: das Misstrauen zwischen beiden Ländern ist im Schwinden, man kann dazu übergehen, so zu handeln, wie die Sache das erfordert.

So wichtig daher die neuerliche Entscheidung der Bank von Frankreich als Symptom für die Beziehungen beider Länder sein mag, die beiden verhandelnden Parteien sind sich durchaus darüber im klaren, dass die entscheidenden Probleme, die bei ihrer Diskussion in Frage stehen, in einer ganz anderen Schicht zu suchen sind. Wenn nämlich das freie Spiel der Goldwährung zwischen Paris und London jetzt wiederhergestellt ist, so ist damit keineswegs die Ursache der englischen Goldabwanderung nach Frankreich beseitigt. Man muss wissen, dass über diese Ursachen die beiden Regierungen sich erst theoretisch noch zu einigen haben werden, bevor man an die Erörterung der etwa möglichen Massnahmen schreiten kann. Diese theoretische Einigung ist aber noch nicht erfolgt.

Wir haben bereits unlängst erwähnt, dass die französische Regierung vor etwa zwei Monaten an die französischen diplomatischen Vertreter im Ausland eine von der Bank von Frankreich hergestellte Denkschrift über das Goldproblem versandt hat, welche infolge einer Indiskretion veröffentlicht worden ist. Diese Denkschrift sucht die französische Goldpolitik von dem Vorwurf zu befreien, sie habe absichtlich eine Häufung des gelben Metalls in Paris herbeigeführt, diese Häufung sei vielmehr eine automatische Folge der aktiven französischen Zahlungsbilanz und des freien Spiels der Goldwährung. Man habe französischerseits übrigens verschiedene Massnahmen zur

Förderung des französischen Kapitalexports ergriffen, und wenn diese Massnahmen ohne durchschlagenden Erfolg geblieben seien, so liege die Schuld daran vor allem an der Unsicherheit der Finanzmärkte, der internationalen Wirtschaftskrise usw. Anlässlich ihres Pariser Besuches haben die englischen Schatzamtsvertreter eine Antwort auf diese französische These schriftlich fixiert: der mangelnde Kapitalexport sei allerdings für die Situation entscheidend, aber Frankreich habe in seiner Geld- und Finanzpolitik verschiedene Fehler begangen, welche das Uebel zu einer geradezu internationalen Katastrophe hätten anwachsen lassen. Diese Fehler seien erstens die Unbeweglichkeit der französischen Notenbankpolitik; die Bank von Frankreich müsse auf dem Geldmarkt nicht nur durch die Aenderung ihres Diskontsatzes, sondern auch durch eine open market policy, d. h. durch Ankauf und Verkauf von Wechseln und Schatzscheinen auf dem offenen Markte einzuwirken versuchen. Zweitens sei in der zweiten Hälfte 1929 von dem Schatzamt und der Autonomon Amortisationskasse ein gewaltiger Betrag der französischen Wirtschaft entzogen worden, und zwar habe das Schatzamt Zahlungen auf die direkten Steuern entgegengenommen und die Amortisationskasse gleichzeitig eine erhebliche Emission von Nationalverteidigungsbons vorgenommen. Dadurch seien die Guthaben der beiden Staatskassen bei der Bank von Frankreich in der genannten Zeit um etwa 8 Milliarden Frs. gestiegen. Um diese stillgelegten Gelder der Wirtschaft zu ersetzen, hätten die französischen Banken, welche den normalen Weg der Inanspruchnahme ihres Rediskontkredits beim Noteninstitut nur ungern beschreiten, ihre Auslandsguthaben zurückgezogen, daher das starke Pfundangebot, daher die französischen Goldkäufe.

Herr Bizot hat sowohl in den mündlichen Unterhaltungen wie auch anlässlich seines soeben erfolgten Besuches in London in schriftlicher Form die Richtigkeit der englischen These bestritten: der Einfluss der von englischer Seite getriggerten Massnahmen der französischen Finanzpolitik auf die Goldbewegung werde übertrieben. Der Hauptgrund für den ungenügenden französischen Kapitalexport nach London liege vielmehr, sofern es sich um kurzfristige Bankkredite handelt, in dem ungenügenden Abstand zwischen den Pariser und Londoner Geldsätzen. Die Bank von England habe durch ihre Politik des billigen Geldes den französischen Banken den Anreiz genommen, erhebliche Guthaben in London zu unterhalten, daher die umfangreichen Rückziehungen der französischen Kredite aus London.

So steht These gegen These. Diese theoretische Diskussion über die Ursachen der französischen Goldkäufe soll noch fortgesetzt werden. Niemand kann sagen, ob es den Vertretern der beiden Schatzämter möglich sein wird, sich schliesslich auf eine gemeinsame Diagnose zu einigen.

Aufwertung der Posener Rentenbriefe und der preussischen und schlesischen Anteilscheine

Wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst von der Preussischen Landesrentenbank mitgeteilt wird, sind für die von Polen beschlagnahmten Renten der Rentenbank Posen, Schlesien und Ost- und Westpreussen bisher folgende Entschädigungen festgesetzt worden:

Bare Entschädigungen auf Grund des Liquidationsgesetzes: Posen 92 915 RM., Schlesien 6161 RM., Preussen 80 274 RM.; Stammentschädigung auf Grund des Kriegsschadensentlastungsgesetzes: Posen 2 380 050 RM., Schlesien 296 450 RM., Preussen 2 062 350 RM.; Wiederaufbauzuschlag auf Grund des Kriegsschadensentlastungsgesetzes: Posen 392 550 RM., Schlesien 85 350 RM., Preussen 343 650 RM.

Zusätzliche Entschädigung des Polenschadenskommissars für die beschlagnahmten Renten, Gutrenten: Posen 547 000 RM., Schlesien 192 050, Preussen 605 950 RM.

Die Stammentschädigungen bestehen in 6 Prozent Reichsschuldbuchforderungen, die ab 1. April 1929 verzinst und für Schlesien am 1. April 1945, für Posen und Preussen am 1. April 1947 getilgt werden.

Die Wiederaufbauzuschläge bestehen in Reichsschuldbuchforderungen, die ab 1. April 1943 mit 6 Prozent verzinst und für Schlesien am 1. April 1945, für Posen und Preussen am 1. April 1947 getilgt werden.

Die zusätzlichen Entschädigungen des Polenschadenskommissars werden in 6 Prozent Reichsschuldbuch-

forderungen gewährt, die ab 15. April 1930 verzinst und am 15. April der Jahre 1941—1948 in acht gleichen Teilen getilgt werden.

In den vorstehend angegebenen Ziffern ist eine zusätzliche Entschädigung für die beschlagnahmten Real-lastablösungsrenten nicht enthalten; die diesbezüglichen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zu den für die Rentenbank Posen festgesetzten Entschädigungen für die beschlagnahmten Renten tritt noch der Bestand der Teilungsmasse aus dem deutsch gebliebenen Restgebiet hinzu, der sich nach der Bekanntmachung vom 29. August 1930 nach dem Stande vom 30. Juni 1930 auf 299 633.97 RM. beläuft.

Die an der Verteilung teilnehmenden Wertpapiere betragen bei Posen 14 969 247.90 Gm. Rentenbriefe, bei Schlesien 2 366 140 Gm. Anteilscheine, bei Preussen 12 136 790 Gm. Anteilscheine. Die Art und Weise der Ausschüttung wird durch Verordnung der Staatsregierung geregelt werden; die endgültigen Aufwertungsquoten können erst dann angegeben werden, wenn eine zusätzliche Entschädigung für die beschlagnahmten Real-lastablösungsrenten festgesetzt worden ist.

Kommt die deutsch-englisch-polnische Kohlenkonvention zustande?

Als Vorbereitung für die demnächst beginnenden offiziellen Verhandlungen zwischen den drei Ländern finden gegenwärtig in London halbhohe offizielle Besprechungen zwischen Polen und England statt, die jedoch, entgegen den amtlich herausgegebenen Bekanntmachungen, Polen stark enttäuscht haben sollen. Man zieht polnischerseits bereits ein Sonderabkommen mit Deutschland in Erwägung, fürchtet jedoch angesichts der gespannten Allgemeinverhältnisse bei Deutschland keine Gegenliebe zu finden.

Allgemeines Steuermoratorium? — Aber verstärkte Zwangseintreibungen.

In massgebenden polnischen Wirtschaftskreisen beschäftigt man sich gegenwärtig mit dem Gedanken, der polnischen Presse zufolge, eine gross angelegte Hilfsmassnahme für die am stärksten betroffene Industrie herbeizuführen, und zwar auf dem Wege eines zunächst einmal für drei Monate berechneten Moratoriums. Inwieweit sich diese Pläne werden realisieren lassen, ist nicht zu übersehen.

In Lodz fand am 20. Januar eine Konferenz der Leiter der Lodzer Finanzämter statt, auf der beschlossen wurde, die Eintreibung der Steuerrückstände mit aller Energie durchzuführen. Zu diesem Zweck soll nötigenfalls sogar das Personal der Vollstreckungsabteilungen vermehrt werden. Dieser Beschluss hat unter der Lodzer Kaufmannschaft grosse Bestürzung hervorgerufen.

Konkurse.

E. Eröffnungstermin. K. Konkursverwalter. A. Anmeldetermin. G. Gläubigerversammlung. Termine finden in den Amtsgerichten statt.

Kempen. Konkursverfahren Wiktor Cebulski. An Stelle des verstorbenen Konkursverwalters Dr. Bialecki wird Rechtsanwalt Włodzimierz Zakrzewski berufen.

Kosten. Ludwik Ignacy Snięcki, Rynek 32. E. 16. 1. 1931. K. Rechtsanwalt Fischbach. A. 26. 2. 1931. Erste G. 10. 2. 1931, 10 Uhr. Prüfungstermin 6. 3. 1931.

Posen. Leon Ligeński. Das Konkursverfahren wurde nach dem Endtermin geschlossen.

Posen. Tadeusz Jarczewski, Bukowska 15. Anstelle des bisherigen Obmannes Tadeusz Szmaj wurde August Klebke, Matejki 65a, ernannt.

Posen. Wacław Umiański, Plac Wolności 8. Konkursverfahren nach rechtskräftigem Beschluss niedergeschlagen.

Schilberg. Konkursverfahren Marjan Bielski in Grabow a. d. Prosa. E. 27. 12. 1930. K. Anton Holdowski aus Grabow. A. 9. 2. 1931. Erster Termin 3. 2. 1931, 10 Uhr. G. 23. 3. 1931, 10 Uhr.

Thorn. Kasa Parcelacyjno-Osiedlnicza. Prüfungstermin 4. 2. 1931, 11 Uhr, Zimmer 7.

Wirsitz. Franciszek Kantorski in Izdebka, Kreis Wirsitz. E. auf Antrag der Bank Ludowy 31. 12. 1930. K. Dr. Bauman aus Lobsen. A. 30. 1. 1931. Prüfungstermin 13. 2. 1931, 9 Uhr.

Gerichtsaufsichten.

Termine finden in den Amtsgerichten statt.

Krotoschin. Józef Nabzdya. Zahlungsaufschub auf 3 Monate, gerechnet vom 23. 12., erteilt. Vermögensverwalter Jan Gibasiewicz.

Posen. Vergleichsverfahren Dom Mod. y. Inh. J. Wogowski i Ska. Wroclawska 37. Gläubigerversammlung 24. 1. 1931, 11 Uhr, Zimmer 23.

Posen. Fa. Teofil Kantecki, Stary Rynek 38/39. Zahlungsaufschub abgelaufen, Verhüttungsverfahren niedergeschlagen.

Posen. Vergleichsverfahren Fa. Franciszek Janiszczak in Schwesenz. G. 14. 2. 1931 in Posen, 11 Uhr, Zimmer 23.

Posen. Vergleichsverfahren Fa. Bracia Rein, Stary Rynek 90. G. 28. 1. 1931, 11 Uhr, Zimmer 23.

Thorn. Julius Mossler, ul. Grudziadzka 68. Zahlungsaufschub abgelaufen, Verfahren niedergeschlagen.

Vandenburg. Verhüttungsvertrag Fa. Jan Affelt. G. 22. 1. 1931, 10½ Uhr.

Vandenburg. Verhüttungsvertrag Fa. Andrzej Turz, Schuhhandel. Provisorischer Vergleich geschlossen zu 50 bzw. 100 Prozent, 1. Rate zahlbar am 10. April 1931.

Vandenburg. Verhüttungsvertrag A. Teofil Libera G. 29. 1. 1931, 10 Uhr.

Generalversammlung.

16. 2. „Arkona“. Wytwórnia WYROBÓW Metalowych in Dirschau, ul. 30 Stycznia 30. Ordentliche G.V. um 10.30 im Lokal der Firma.

Märkte.

Berlin. 22. Januar. Getreide und Olsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark: Weizen, märk. 260—262, Roggen, märk. 156 bis 159, Braugerste 199—213, Futter- und Industrieerbsen 188—195, Hafer, märk., pomm. 139—146, Weizenmehl 29.50—36.75, Roggenmehl 23.65—26.60, Weizenkleie 10.50—10.80, Roggenkleie 9.35—9.75, Kleine Speiseerbsen 22—24, Futtererbsen 19—21, Peluschen 20—21, Ackerbohnen 17—18, Wicken 18—21, Lupinen, blaue 13—15, Lupinen, gelbe 18—21, Rapskuchen 9 bis 9.50, Leinkuchen 15.70—16, Trockenschrot 6.10 bis 6.40, Soja-Schrot 13.30—13.50. Handelsrechtliches Lieferungsgeschäft. Weizen: März 278.50, Mai 287, Juli 289.50; Roggen: März 177.50 und Geld, Mai 183—184, Juli 186.50—186.75; Hafer: Mai 164 und Brief, Juli 170—169.75 Brief.

Danzig. 22. Januar. Letzte amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 130 Pid. 13.40—13.60, Weizen, 128 Pid. 13—13.25, Roggen, neu 11—11.10, Braugerste, feinste 13.50—14.50, Futtererbsen 11.60—12, Hafer, alter, teurer 12.50—13.50, Viktoriabohnen 14—16, Roggenkleie 8.50, Weizenkleie, grobe 10—10.50. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 1, Roggen 43, Gerste 12, Hafer 1, Hülsenfrüchte 1, Saaten 3.

Aus der Republik Polen.

Arbeitslosenkundgebung.

Gestern haben sich die Arbeitslosen in Radom, wie die polnische Presse meldet, wiederholt. Die Arbeitslosen demonstrieren an verschiedenen Punkten der Stadt, wobei feindliche Rufe gegen die Behörden ausgestoßen wurden. In Vorstädten ist es zu Plünderungen von Bäckereien und anderen Geschäften gekommen. Die Manifestanten wurden durch starke Polizeimannschaften auseinandergetrieben.

Gegen Mittag unternahmen die Arbeitslosen einen Sturmangriff auf das Gebäude, in dem sich das zweite Polizeikommissariat befindet, um die Verhafteten zu befreien. Dies wurde jedoch von der Polizei nach Zusammenstoßen vereitelt.

Die Polizei hat im Zusammenhang mit den Kundgebungen eine Reihe von Revisionen vorgenommen. Es wurden 13 Personen verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gesetzt. Die Ver-

hafteten, die gestern vom Untersuchungsrichter Rybacki und dem Staatsanwalt Szaffer vernommen wurden, werden sich wegen Vergehens gegen Art. 122 des Strafgesetzbuches zu verantworten haben.

Zugzusammenstoß.

Kattowitz, 23. Januar. (Pat.) Gestern stieß an einer Gleiskreuzung auf dem Bahnhof in Siemianowice ein Güterzug Kattowitz-Chorzów mit einem anderen Güterzuge zusammen, der in entgegengesetzter Richtung fuhr. Durch den Zusammenstoß wurden 6 Waggons, die mit Kohlen beladen waren, sowie der Tender vollkommen zertrümmert. Der Verkehr auf der Strecke Chorzów-Kattowitz mußte bis zur Beseitigung des Hindernisses eingestellt werden. Die Schuld am Zusammenstoß trägt der Lokomotivführer des Zuges, der von Chorzów nach Kattowitz fuhr. Er hatte das Signal übersehen. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

Sie wissen von nichts.

Das schlechte Gewissen.

Eine Erklärung des Aufständischenverbandes.

Der „Oberösterreich. Kurier“ schreibt:

„Fünf Minuten vor Beginn der Genfer Ratstagung hat sich der Verband der Schlesischen Aufständischen — wer weiß von wem? — gedrängt gefühlt, in einer großen öffentlichen Erklärung zu der Eingabe des Deutschen Volksbundes wegen der Vorgänge bei den letzten Wahlen Stellung zu nehmen. Ton und Inhalt dieser Erklärung ähneln verzweifelt den Bemühungen von ertrappten Langfingern, die betanzt, wenn die Polizei ihnen auf den Hals rückt, laut zu schreien pflegen: „Haltet den Dieb!“

Da diese Mäcker durchsichtig genug sind, haben wir keinen Anlaß auf die Vorwürfe einzugehen, die gegen den Deutschen Volksbund erhoben werden. Das Gerede von der Loyalität und Staatsfeindschaft ist nachgerade bekannt. Nur ein Satz ist recht interessant: „In keinem Falle haben die Behörden des Aufständischenverbandes (Nun, der Red. Der Aufständischenverband hat also eigene „Behörden“) Anweisungen zur physischen Bekämpfung der Deutschen gegeben, in keinem Falle hat der Aufständischenverband auf Grund irgendwelcher Verständigung mit den öffentlichen Behörden gehandelt.“ Man hält es also nunmehr für notwendig, Aufständischenverband und Behörden in öffentlicher Erklärung voneinander zu trennen. Ganz abgesehen davon, daß man sich reichlich spät zu diesem Schritt entschlossen hat, bleibt nach wie vor die Frage offen, wie jene Behördenvertreter, die zugleich Funktionäre des Aufständischenverbandes sind, den Gefahren dieser Personalunion aus dem Wege zu gehen vermochten. Soll man sich das so vorstellen, daß der gleiche Beamte, der in den Wahlversammlungen des Aufständischenverbandes Kenntnis von den geplanten Aktionen bekam, am nächsten Morgen, wenn er in seiner Amtsstube saß, sich selbst etwa folgenden Vortrag hielt: „Ich weiß von nichts, denn ich war zwar gestern Aufständischer, heute aber bin ich Beamter, für den eine Verständigung mit dem Aufständischenverband nicht existieren darf. Vielleicht darf hier der Schlüssel für die bekannte Tatsache zu suchen sein, daß alle Warnungsrufe der deutschen Führer vergeblich verhallten. Der Beamte mußte eben am nächsten Tage nicht mehr, was er am Abend als Aufständischer erfahren oder gar mit beschlossen oder vorgeschlagen hatte. Er konnte also auch nicht einsprechen.“

Man darf gespannt sein, ob diese so erstaunliche Theorie auch in Genf aufstehen wird. Wir

halten es jedenfalls einiger Ueberlegung wert, ob man die Mitglieder des Volksbundes wirklich für so naiv halten darf, um ihnen zuzumuten, daß sie Dinge glauben, die kein oberösterreichischer Bauer zu glauben geneigt ist.

Mit noch größerem Erstaunen liest man in der Erklärung folgende Behauptung:

„Die öffentliche Ruhe ist nirgends gestört worden, und der deutsche Wähler hatte alle Möglichkeit, seine Stimme sicher und ohne irgendwelche Gefahr für Leib und Leben abzugeben.“

Vorher aber wird erklärt, daß die Vorgänge bei den Wahlen als „Reaktion“ gegen die deutschen Revisionsbestrebungen zu erklären sind. Man muß schon sagen, daß eine Erklärung, die solche Widersprüche enthält, nicht einmal mit der vom Standpunkt der Aufständischen wünschenswerten Sorgfalt redigiert worden ist.

Aus den Sowjetarchiven.

Deutschland und der Friede.

Ein deutsches Angebot 1915. — Fälschungen gelangen nach Rußland.

In den Stockholmer „Dagens Nyheter“ hat Professor Anton Karlgren eine Artikelserie begonnen, die unter Benützung der jetzt von der Sowjetregierung freigegebenen Archive die Furcht der Zarenregierung vor einem Eingreifen Schwedens im Kriege an der Seite von Deutschland behandelt. Die Frage der Befestigung der Alandsinseln spielt dabei sowohl militärisch als auch diplomatisch eine große Rolle. Aber auch andere Fragen werden da dokumentarisch belegt, die noch mehr interessieren, so die eines Friedensangebotes Deutschlands bereits im Jahre 1915.

In jenen Jahren war Schweden ganz besonders geeignet, den Vermittler in Friedensfragen zu spielen. Die Zarenregierung verfolgte ängstlich die deutschfreundliche Stimmung in Schweden, und die Frage, ob Schweden etwa doch noch an die Seite Deutschlands trete, taucht immer wieder in den Aufzeichnungen des Kanzleichefs im russischen Außenministerium, Baron M. Schilling, auf, die die Grundlage des ersten Artikels von Professor Karlgren in den „Dagens Nyheter“ bilden. „Was geschieht in Stockholm, ist der deutsche Gesandte wieder vom König empfangen worden?“, so wird der russische Gesandte in Stockholm, Rekljadow, immer wieder telegraphisch gefragt.

Denn, am 20. Juli hat Rekljadow eine sehr wichtige Sache zu berichten. Der Direktor der Deutschen Bank, Montewitz (wohl „Montkewitz“) sei in Stockholm eingetroffen und habe mit einer Persönlichkeit gesprochen, der deutlich nahegelegt worden sei, den Inhalt an die russische Adresse weiterzugeben.

In Deutschland hege man keine persönliche Feindschaft gegen Rußland, man sei bei einem Separatfrieden bereit, Rußland Konstantinopel und die Dardanellen anzubieten. Auch die Revision der Ostgrenzen käme in Frage, Abtretung von einem Teil von Galizien und schließlich eine Garantie für eine Anleihe in Höhe von 5 bis 10 Millionen Mark.

Hierzu telegraphisierte nun also Rekljadow, daß das Angebot die Angst der Deutschen vor einem unglücklichen Ausgang des Krieges zeige und die Absicht, vorher die alliierten Kräfte zu sprengen. Sicherlich sei das Angebot bereits den Alliierten gegenüber als ein Angebot von russischer Seite hingestellt worden.

Das deutsche Angebot erreichte das russische Hauptquartier also bereits mit umgekehrtem Vorzeichen und mit Verdringung der Motive. Das muß scharf hervorgehoben werden, weil es grundsätzlich zeigt, wie schwer es im Kriege war, auch nur ganz unverbindliche Friedensfühler auszustreuen, und weiter, wie wenig die andere Seite zu einer Verständigung geneigt war, ja die deutschen Bemühungen, die doch wirklich weit genug gingen, sofort intrigant durchkreuzte.

Von deutscher Seite aber tat man noch ein übriges. Das Tagebuch des Baron Schilling verzeichnet wenige Tage später (Schilling war die rechte Hand des Außenministers), daß ein schwedischer Bankier Ryhlberger bei ihm vorgesprochen habe. Er habe nach vorsichtiger Einleitung vorgeschlagen, daß sich Bankleute von beiden Seiten auf neu-

Posener Tageblatt

Mit den Beilagen:

Sonntag:	Die Welt der Frau. — Kinderland.
Dienstag:	Illustrierte Sportbeilage.
Mittwoch:	Recht und Steuern.
Donnerstag:	Unsere Heimat.
Freitag:	Aus aller Welt.
Sonnabend:	Der Kulturspiegel.

Dazu die täglich erscheinende Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“ und die vierzehntägig erscheinende illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“

Dazu kommt nun noch die Sprache der Tatsachen. Die Eingabe des Deutschen Volksbundes ist mit einer erdrückenden Fülle von Tatsachen belegt. Die öffentliche Ruhe aber ist nach Meinung der Aufständischen nicht gestört worden, trotz Golaßow, trotz Hohenbirken, trotz Siemianowicz, trotz Eintrachtshütte, trotz Loslau. Was haben wir da noch zu erwarten, wenn wirklich einmal auch nach Meinung der Aufständischen die öffentliche Ruhe gestört werden sollte! Die Deutschen haben ungehindert wählen können, trotz der Aufständischen, die an den Wahlurnen standen, trotz der Ueberfälle auf deutsche Zettelverteiler, trotz der Drohbrieife, trotz der Plakate, auf denen es hieß: „Kein Deutscher darf in den Sejm einziehen“, trotz der geschmackvollen Verse wie z. B.: „Biada temu pieronowi, kto odda glos Volksbundowi.“ An unserm Verlagsgebäude, das in unmittelbarer Nähe zweier behördlicher Institute liegt, prangen heute noch die hochherrschaftlich ausgeführten Totenköpfe. Aber die öffentliche Ruhe ist nirgends gestört worden. Wir haben wahrscheinlich alles nur geträumt! Und die Aufständischen sind wirklich die Elite des oberösterreichischen Bolentums!

Forderungen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale zur Linderung der Wirtschaftskrise.

Zürich, 23. Januar. (N.) Die gemeinsame Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Arbeiterinternationale, die am Mittwoch und Donnerstag in Zürich tagte, hat eine Erklärung ausgearbeitet, in der es, wie die Schweizerische Depeschagentur meldet, heißt:

Die Kommission bezeichnet den Gegenstand zwischen gewaltig gesteigerten Produktionsträften und dem dahinter zurückbleibenden Konsum als Grundtatsache der Krise. Die Herabsetzung der Löhne kann das Mißverhältnis nicht mildern, sondern nur verschärfen. Die Kommission betrachtet es daher als wichtige Aufgabe der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, sich mit aller Tatkraft und in allen Ländern dem Lohndruck zu widersetzen. Es ist ferner unbedingt notwendig, die Arbeitszeit der gesteigerten Produktivität der Arbeit anzupassen und den Kampf um die Fünftagewoche international aufzunehmen. Die Kommission verlangt, daß der Staat größtmögliche Aufwendungen für produktive öffentliche Arbeiten mache. Sie fordert die Unterstützung der Arbeitslosen, die Verteidigung der Arbeitslosenversicherung, ferner die Bekämpfung der hochschützenden Zölle, die Ratifizierung des Zollwaffenstillstandsabkommens und die Durchführung von Verhandlungen zur internationalen Ermäßigung der Zölle. Sie bezeichnet die Annullierung oder wenigstens Herabsetzung der Reparationszahlungen als ein Mittel zur Erleichterung der Schwierigkeiten der Weltwirtschaft; doch müßten als Voraussetzung die europäischen Staaten sich zur Abrüstung entschließen. Ferner wird die Schaffung eines Mechanismus für die friedliche Revision der Verträge gefordert.

Internationaler religionspsychologischer Kongreß.

In der Pfingstwoche 1931 soll in der Wiener Universität der erste internationale religionspsychologische Kongreß von der Internationalen Religionspsychologischen Gesellschaft veranstaltet werden. Diese Gesellschaft, 1924 gegründet, hat in den letzten Jahren ein einschlägiges Forschungsinstitut geschaffen und beruft nun zum ersten Male einen internationalen Kongreß ein, auf dem insbesondere der Fragenkomplex der psychischen Ursachen, Zusammenhänge und Veränderungen des Unglaubens in freier Aeußerung erörtert werden soll. Vorträge haben bedeutende Sachautoritäten aus allen Kulturländern übernommen.

Deutsches Reich.

Heiße Köpfe.

Düsseldorf, 23. Januar. (N.) Am Schluß einer Versammlung der katholischen Jugend, zu der zahlreiche Kommunisten und Nationalsozialisten erschienen waren, entstand eine regelrechte Schlägerei, in deren Verlauf die Saaleinrichtung vollständig zerstört wurde. Mehrere Personen wurden verletzt, zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Im Rahmen der theologischen Fakultät der Universität Berlin werden Vorlesungen und Übungen über protestantisches Pressewesen abgehalten, die sich einer großen Teilnahme auch von Nichttheologen erfreuen.

Luthers Schrift von der Freiheit eines Christenmenschen, die bereits in allen Kultur Sprachen überfetzt ist, hat jetzt auch eine Uebersetzung ins Chinesische erlebt.

Die letzten Telegramme.

Gesunkene Schiffe.

Moskau, 23. Januar. (N.) Ein russischer Dampfer ist während eines heftigen Sturmes im Schwarzen Meere gesunken. 14 Passagiere und 36 Mann der Besatzung ertranken. Auch ein türkisches Schiff ist bei dem Sturm im Schwarzen Meer untergegangen. Man befürchtet, daß die gesamte Besatzung ums Leben kam.

Gelandet.

Berlin, 23. Januar. (N.) Die Afrikanische Expedition ist in Villa Cisneros gelandet. Auf ihrer letzten Etappe geriet sie in einen Sandsturm und konnte deshalb in den letzten Tagen über ihr Verbleiben nichts melden, da die Kommunikation durch die Stürme der letzten Tage gestört waren.

Erzbischof von Gorril gestorben.

Wien, 23. Januar. (N.) Erzbischof D. Gregor von Gorril, Generalabt der armenischen Melchitistenkongregation ist gestern Abend im 91. Lebensjahre gestorben.

Gerettet.

London, 23. Januar. (N.) In einem englischen Bergwerk konnten 5 Bergleute gerettet werden, die 18 Stunden lang verschüttet waren. Die geretteten Bergleute waren zwar sehr erschöpft, doch hofft man, sie am Leben erhalten zu können.

Herabsetzung der englischen Militärausgaben?

London, 23. Januar. (N.) Eine Herabsetzung der englischen Militärausgaben verlangt das englische Finanzministerium vom Kriegsministerium. Die Militärausgaben sollen im kommenden Haushaltsjahr um 40 Millionen Mark vermindert werden. Der letzte englische Heereshaushalt war mit 810 Millionen Mark veranschlagt.

Großfeuer.

Mainz, 23. Januar. (N.) In der vergangenen Nacht brach in einer Kartonagenfabrik ein Brand aus, der das ganze Gebäude bis auf die Grundmauern einäscherte. Als die Feuerwehr am Brandplatz eintraf, brannte das Haus bereits in allen Stockwerken. Es gelang lediglich, einige wertvolle Maschinen zu retten. Alles sonstige Inventar und die Vorräte der Fabrik wurden ein Raub der Flammen. Die Brandursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Der weiße Tod.

Rom, 23. Januar. (N.) In den italienischen Westalpen wurden durch eine Lawine vier italienische Soldaten verschüttet. Nur einer von ihnen konnte lebend geborgen werden. Die Mannschaften, welche die Verschütteten zu retten suchten, wurden selber von einer zweiten Lawine überrascht, konnten sich aber in Sicherheit bringen.

Das Grauen in Sowjetrußland.

Wina, 21. Januar. (Pat.) Im Dünagebiet sind drei Männer namens Bajruba, Gorewicz und Sewerny Paszkowski aus Sowjetrußland nach Polen geflüchtet. Die Flüchtlinge, die sämtlich aus dem Bezirk Borsg kommen, erzählen von schrecklichen Dingen, die in Weiß-Sowjetrußland vorgehen. In dem kürzlich angelegten Kollektiv „Oktober“ im Bezirk Borsg haben die Kinder vor Hunger. In den Volksschulen hat der eingeführte Religionsunterricht und der Unglaube die Jugend demoralisiert. In einer einzigen Mädchenhülle (Naja Lugensburg-Schule) in Borsg sind nach einem Gutachten der ärztlichen Kommission von 260 Mädchen 190 geschlechtskrank. Die Kollektivierungsfaktion in Weiß-Sowjetrußland stößt von Seiten der Bauern auf eine starke, erbitterte Gegenaktion.

Wollwäsche, dünn wie

Seide, trotzdem sehr wärmend empfiehlt sehr vorteilhaft

„W I W A“ Plac Wolności 14 neben „Hungaria“

Nur das Posener Tageblatt

ist in der Lage, die Posener Getreidebörsen- und Viehmärktenotierungen noch am Erscheinungstage zu veröffentlichen. Ein ungeheurer Vorteil für jeden zeitlichen Landwirt und Kaufmann.

Vermeiden Sie daher jede Verzögerung in der Zustellung, und erneuern Sie sofort Ihr Abonnement entweder beim Briefträger oder dem Postamt oder in den Ausgabestellen unserer Zeitung, soweit solche in Ihrem Wohnort eingerichtet sind.

Wer das Posener Tageblatt aber bisher zu lesen verfaß hat, sollte es in seinem eigenen Interesse

noch heute bestellen.

